







**Evaluation von Studium und Lehre  
in den Fächern  
Politologie und Soziologie  
2000/2001**



Band 14

**ISBN 3-935432-07-0**

Hrsg.: Verbund Norddeutscher Universitäten

Geschäftsstelle

Universität Hamburg

Edmund-Siemers-Allee 1

20146 Hamburg

Redaktion: Susanne Zemene

Hamburg, April 2003

# **Evaluation der Studienfächer Politologie und Soziologie im Verbund Norddeutscher Universitäten**

## **Beteiligte Universitäten:**

Universität Bremen, Institut für Politikwissenschaft und Institut für Soziologie

Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft und Institut für Soziologie

Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften und Institut für Soziologie

## **Mitglieder der Gutachterkommission:**

Prof. Dr. Klaus Dicke (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Prof. Dr. Klaus Dieter Wolf (Technische Universität Darmstadt)

Prof. Dr. Reinhard Zintl (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)

Konstanze Kreuzer (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Prof. Dr. Stefan Hradil (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

Prof. Dr. Helmut Kromrey (Freie Universität Berlin)

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (Humboldt-Universität zu Berlin)

Hanna Wendt (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Prof. Dr. Jules L. Peschar (Rijksuniversiteit Groningen)

## **Koordination:**

Dr. Karin Fischer-Bluhm

## **Redaktion der Veröffentlichung:**

Susanne Zemene

## Zeitlicher Ablauf der Evaluation:

Sommersemester 2000	<p>Die Institute analysieren ihre Stärken und Schwächen. Dafür werden in jeder Universität Arbeitsgruppen eingerichtet, die die Selbstbeschreibung des Instituts vorbereiten.</p> <p>Die Arbeitsgruppen tauschen untereinander ihre Vorgehensweisen während der <b>Selbstevaluation</b> aus und schlagen im Konsens Gutachter vor.</p>
Wintersemester 2000/2001	<p>November 2000: Die Gutachter erhalten die Selbstbeschreibungen.</p> <p><b>Besuche der Universitäten durch die Gutachterkommission:</b></p> <p>11.12.-12.12.00 Universität Bremen 12.12.-13.12.00 Universität Hamburg 14.12.-15.12.00 Universität Rostock</p> <p>Die Gutachterkommission entwirft das Gutachten.</p> <p>23./24.02.01: Die <b>Auswertende Konferenz</b> findet in Hamburg statt.</p>
Sommersemester 2001	<p>Die Hochschulleitungen und Institute erhalten das <b>Gutachten</b>.</p> <p>Die Institute beschließen, welche <b>Konsequenzen</b> sie aus der Evaluation ziehen wollen.</p>
Wintersemester 2001/02	<p><b>Zielvereinbarungen</b> zwischen den Instituten und der Hochschulleitung werden an jeder Universität einzeln geschlossen.</p>

# Inhalt

Vorwort.....	9
Verfahrensbeschreibung.....	13
Kurzporträt Politikwissenschaft Bremen .....	29
Kurzporträt Soziologie Bremen .....	33
Kurzporträt Politische Wissenschaft Hamburg .....	37
Kurzporträt Soziologie Hamburg.....	41
Kurzporträt Politikwissenschaft Rostock.....	47
Kurzporträt Soziologie Rostock.....	49
Ergebnisbericht Politikwissenschaft Bremen .....	53
Ergebnisbericht Soziologie Bremen.....	55
Ergebnisbericht Sozialwissenschaften Hamburg.....	59
Ergebnisbericht Politikwissenschaft Rostock.....	63
Ergebnisbericht Soziologie Rostock .....	69
Zielvereinbarungen .....	73
Veröffentlichungen im Verbund Norddeutscher Universitäten.....	103



## Vorwort

Als die Universitäten Bremen, Hamburg, Kiel, Oldenburg und Rostock im April 1994 vereinbarten, die Qualität von Studium und Lehre durch gemeinsame Evaluation kontinuierlich zu sichern und zu verbessern, waren Evaluationen noch keineswegs etabliert. Seitdem sind sie im Nordverbund zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Evaluation der Studienfächer Politologie und Soziologie wurde zeitlich parallel mit denen in Philosophie und Geographie im Jahre 2000/2001 durchgeführt. Für die politologischen und soziologischen Institute der Universitäten Bremen, Hamburg und Rostock ist dies die erste Evaluation von Studium und Lehre in ihrem Fach.

Die positiven Erfahrungen aus den bisherigen Verfahren haben die Evaluationen zu einer wichtigen Komponente der Qualitätssicherung und -verbesserung von Lehre und Studium werden lassen. Der Nordverbund gibt keine einheitlichen, für alle Fächer geltenden Maßstäbe vor, mit denen die Qualität in Studium und Lehre gemessen wird. Vielmehr setzt er mit den Evaluationsverfahren Standards für die Selbstevaluation und die externe Begutachtung der Qualität von Studium und Lehre in einem Fach. Dieser Ansatz hat sich bewährt. Jede Fachkultur kann so eigene Qualitätsvorstellungen für Lehre und Studium definieren. Es gibt zwar auf einer allgemeinen Ebene gemeinsame Kriterien wie z. B. klar benannte Ziele für ein Studium und den verantwortungsbewussten Umgang mit der Zeit der Lehrenden und Lernenden sowie mit dem Geld der Steuerzahler. Aber die weiteren Kriterien, die die Fachvertreterinnen und Fachvertreter für die Qualität in Lehre und Studium formulieren, sind fach- und institutionsspezifisch. Letztlich versprechen nur diejenigen Evaluationsergebnisse tatsächlich handlungsleitend zu werden, die von den Angehörigen eines Fachbereichs auch akzeptiert und geteilt werden. Und schließlich werden Verbesserungen ausgehend von dem jeweils in einem Fach bereits erreichten Qualitätsniveau entwickelt.

Die Wahl der Studienfächer Politologie und Soziologie für die Evaluation beruhte auf pragmatischen Gesichtspunkten. Die Universitäten haben sich bei der Planung des Evaluationszyklus 1994 bemüht, die Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und die Naturwissenschaften andererseits über die Jahre hinweg gleichmäßig zu berücksichtigen. Die Sozialwissenschaften war gleichsam „an der Reihe“.

## *Vorwort*

Die Studienfächer Politologie und Soziologie sind auf vielfältige Weise miteinander verzahnt, meist auch organisatorisch eingebunden in einen Fachbereich. Gleichwohl wurden für die Evaluation zeitlich parallele, aber getrennte Vorgehensweisen gewählt. Die Gutachter wurden jedoch gebeten, mögliche Verflechtungen im Curriculum zu benennen, sie haben sie vorwiegend in der Methodenausbildung gefunden. Beide Studienfächer zeichnen sich durch eine hohe studentische Nachfrage und eine relative Offenheit der Berufsperspektiven der Studierenden aus. Die Studierenden agieren im Studium – im Verhältnis zu anderen Fächern – relativ eigenständig, was wie eine Vorwegnahme ihrer Notwendigkeit wirkt, sich wegen des Fehlens zugewiesener Berufsfelder selbst professionalisieren zu müssen. Die Lehrenden können sich – ebenfalls im Verhältnis zu anderen Studienfächern – glücklich schätzen, Studierenden gegenüberzustehen, die sich in weiten Teilen selbst organisieren. Gleichwohl müssen auch bei ausgeprägter Selbststeuerung der Betroffenen Strukturen und Angebote neuen Anforderungen angepasst werden. Die Ergebnisberichte der Institute beweisen, dass Evaluationen eine gute Möglichkeit sind, die Modernisierungen im Konsens voranzutreiben.

Ein Ranking der beteiligten Universitäten ist mit der Bewertung durch die Gutachter und Gutachterinnen nicht intendiert, allerdings tauschen die beteiligten Hochschulen die Erfahrungen in Studium und Lehre aus. Innerhalb der einzelnen Evaluationsverfahren wird im Stil des „work in progress“ gearbeitet, so dass in jeder Evaluation neu gewonnene Erfahrungen zur Verbesserung des nächsten Verfahrens beitragen. Ich freue mich, dass damit die besonderen Möglichkeiten des Evaluationsverfahrens im Nordverbund erneut deutlich gemacht werden: Es geht um die besondere Schärfung des Profils einer jeden Universität, nicht um die Vereinheitlichung in der norddeutschen Hochschullandschaft.

In diesem Band dokumentieren die Institute der Politologie und Soziologie diejenigen Maßnahmen, die sie als Konsequenz aus der Evaluation ziehen. Vorhaben wie diese stehen und fallen mit der Ehrlichkeit in der Stärken-Schwächen-Analyse und mit der Bereitschaft zur vertrauensvollen Diskussion mit Experten und Expertinnen, die die Begrenzung der Sichtweise vor Ort und die Standards in anderen Universitäten übermitteln können. In der Evaluation der Studienfächer Politologie und Soziologie ist es gelungen, mit den Professorinnen und Professoren Klaus Dicke, Stefan Hradil, Helmut Kromrey, Hildegard Maria Nickel, Jules L. Peschar, Klaus Dieter Wolf und Reinhard Zintl sowie den Studentinnen

Konstanze Kreutzer und Hanna Wendt engagierte Persönlichkeiten ihres Faches, wohlwollend und zugleich kritisch Urteilende, strenge Beobachtende sowie lebendige Diskussionspartnerinnen und -partner als Gutachtende zu gewinnen. Ihnen sei sehr herzlich für die Zeit und die Mühe, die sie in unsere Evaluation investiert haben, gedankt.

Die Evaluation eines Studienfaches wird nach den Plänen des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz zukünftig in Abständen von acht bis zwölf Jahren von jeder Wissenschaftsdisziplin gefordert. Sie wird also innerhalb der Wissenschaftsdisziplin nicht zur Routine werden und auch zukünftig Engagierte in Fragen von Lehre und Studium erfordern. Allen an der Evaluation Beteiligten und denjenigen, die heute an ihren Konsequenzen arbeiten, danke ich für ihr Engagement. Die Beteiligten verdienen die entschiedene Unterstützung der Universitäten, damit sichtbare und spürbare Verbesserungen in der täglichen Praxis von Studium und Lehre den Nutzen und die Nachhaltigkeit der Evaluation zeigen.

Dr. Dr. h. c. Jürgen Lüthje

Präsident der Universität Hamburg und Sprecher des Verbundes Norddeutscher Universitäten

## *Verfahrensbeschreibung*

Karin Fischer-Bluhm

## **Das Evaluationsverfahren im Verbund Norddeutscher Universitäten**

### **Einleitung**

Im Verbund Norddeutscher Universitäten können die evaluierten Fächer im Konsens mit den Gutachtenden wählen, ob sie die Selbstbeschreibung, das Gutachten und die Zielvereinbarung je Universität in einer Broschüre drucken lassen<sup>1</sup> oder eine gemeinsame Veröffentlichung mit den wichtigsten Ergebnissen der Evaluation herausgeben wollen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Politologie und Soziologie haben sich entschlossen, ihre Ergebnisse gemeinsam zu veröffentlichen.<sup>2</sup>

Zunächst wird das Evaluationsverfahren geschildert, anschließend folgen die Kurzporträts der beteiligten Institute sowie die Berichte zu den wichtigsten Ergebnissen aus der Sicht der Evaluierten. Die Zielvereinbarungen, die die Institute der Politologie und Soziologie mit ihren jeweiligen Hochschulleitungen geschlossen haben, sind im Wortlaut abgedruckt.<sup>3</sup>

### **Rahmenbedingungen für die Evaluation der Studiengänge in der Politologie und Soziologie im Verbund Norddeutscher Universitäten**

Der Verbund Norddeutscher Universitäten wurde im April 1994 u. a. mit dem Ziel gegründet, die Evaluation von Studium und Lehre gemeinsam zu erproben. Gleichzeitig wurde mit den ersten Evaluationen in Germanistik und Biologie begonnen.

Die Universitäten in Bremen, Greifswald, Hamburg, Kiel, Oldenburg und Rostock bilden den Verbund. Unterstützt wird die Evaluation von der Universität Groningen. Die Universität Greifswald beteiligte sich im Jahr

---

<sup>1</sup> Für separate Veröffentlichungen je Universität haben sich die Studienfächer Geschichte, Chemie und Anglistik am Ende der Evaluation entschlossen.

<sup>2</sup> Eine gemeinsame Veröffentlichung wählten bisher die Studienfächer Mathematik, Informatik, Wirtschaftswissenschaften, Geowissenschaften, Physik, Romanistik, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Rechtswissenschaft, Sportwissenschaft, Geographie, Philosophie und Politologie/Soziologie.

<sup>3</sup> Das Institut für Politische Wissenschaft und das Institut für Soziologie der Universität Hamburg haben bis zum Redaktionsschluss aufgrund ihrer besonderen Entwicklung (siehe Ergebnisbericht) keine Zielvereinbarung mit ihrer Hochschulleitung getroffen.

## *Verfahrensbeschreibung*

1999/2000 zum ersten Mal an einer Evaluation im Nordverbund. Die sechs deutschen Universitäten sind von ihrer Geschichte her höchst unterschiedlich: Die Universitäten in Bremen und Oldenburg sind sog. Neugründungen aus den 1970er Jahren. Beide wurden aus ehemaligen Pädagogischen Hochschulen unter großem Reformelan mit Besonderheiten wie der einphasigen Lehrerausbildung, Anteilen von Projektstudium etc. aufgebaut. Inzwischen bieten sie 37 bzw. 35 Studienfächer des universitären Spektrums an und gelten auch in der Forschung als anerkannte Universitäten. Die Zahl der Studierenden beträgt in Bremen ca. 18.000 und in Oldenburg ca. 12.000. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel wurde im 17. Jahrhundert gegründet, sie ist die Landesuniversität in Schleswig-Holstein. 21.000 Studierende können aus einem Angebot von 82 Studienfächern wählen. Die Universitäten in Greifswald und Rostock sind noch älter – sie wurden 1456 bzw. 1419 gegründet – und haben gerade die tief greifende Umwandlung von einer DDR-Universität zu einer westlich geprägten hinter sich. Die Universität Rostock bietet 50 Studienfächer an, die Zahl ihrer Studierenden beträgt ca. 12.000. An der Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald sind 6700 Studierende in 87 Fächern eingeschrieben. Die Universität Hamburg ist die erste parlamentarisch gegründete Universität in Deutschland (1919); sie ist mit 93 angebotenen Studienfächern und knapp 40.000 Studierenden eine der fünf größten Universitäten Deutschlands, hat aber keine ingenieurwissenschaftlichen Fächer in ihrem Spektrum (diese werden an der Technischen Universität Hamburg-Harburg angeboten).

Angesichts der großen Unterschiede zwischen den beteiligten Universitäten und der Tatsache, dass Verschiedenheit in der Hochschullandschaft nicht mehr als Makel, sondern als Möglichkeit zur Profilierung angesehen wird, strebt der Verbund mit den Evaluationen keine Vergleiche im Sinne von Rankings – beschränkt auf wenige Dimensionen – an. Ein Vergleich im Sinne eines Erfahrungsaustausches, in dem die Beteiligten von der Andersartigkeit der anderen lernen können, ist allerdings intendiert.

Das Ziel der Evaluationen lautet, jedem Institut die Weiterentwicklung der Qualität in Lehre und Studium aufbauend auf dem Niveau zu ermöglichen, das das Institut bisher erreicht hat. Qualität wird dabei nicht als statische, sondern als dynamische Größe aufgefasst. Evaluationen, die in größeren zeitlichen Abständen stattfinden sollten (im Moment herrscht

die Vorstellung, alle acht bis zehn Jahre), dienen der Selbstvergewisserung über die eigene Praxis im Verhältnis zu den Standards für Qualität.<sup>4</sup> Sie sind sozusagen eine Momentaufnahme in dem kontinuierlichen Prozess der Bemühungen um Verbesserungen und bilden eine Plattform für die Weiterentwicklung eines Instituts. Das bedeutet, die evaluierten Einheiten an den eigenen Zielen zu messen. In der deutschen Sprache klingt diese Zielcharakterisierung nach einem hehren Unterfangen; wenn man sich die gleiche Tatsache in englischer Sprache verdeutlicht „to measure someone against his own goals“, wird der pragmatische Aspekt der Intention deutlicher.

Es ist also weder das individuelle Lehrverhalten einzelner Lehrender noch der Aufbau einzelner Lehrveranstaltungen Gegenstand der Evaluation. Vielmehr geht es darum zu fragen, ob und wenn ja, welche Ziele für Lehre und Studium in der jeweiligen Universität vom Fach entwickelt wurden. Diese Ziele sollten „the state of the art“ in der „scientific community“ widerspiegeln sowie die Erwartungen der Studierenden und die Anforderungen zukünftiger Beschäftigungsfelder berücksichtigen. Es ist wichtig zu erfahren, ob die Lehrinhalte, die Studienorganisation, die Studienverläufe, die Beratungs- und Betreuungspraxis, die Prüfungsorganisation und die Arbeitsteilung zwischen den Lehrenden in sich konsistent sind und mit den Zielen in dem Sinne übereinstimmen, dass sowohl Studierende als auch Außenstehende – wie die Gutachtenden – einen Zusammenhang zwischen den Zielen und der Gestaltung der Studienrealität sehen können. Als drittes gilt es sich zu vergegenwärtigen, ob das Institut verantwortlich mit der Zeit von Studierenden und Lehrenden sowie mit den zur Verfügung gestellten Steuergeldern umgeht. Jede Fachdisziplin an den Universitäten hat ihre eigene Tradition der Erkenntnisgewinnung und Wissensvermittlung entwickelt, entsprechend werden diese Fragen von Fach zu Fach unterschiedlich beantwortet.

Bisher wurden die Studienfächer Biologie und Germanistik (1994/95), Wirtschaftswissenschaften und Informatik (1995/96), Chemie und Geschichte (1996/97), Anglistik, Mathematik und Geowissenschaften (1997/98), Erziehungswissenschaften, Physik und Romanistik (1998/99), Jura, Psychologie und Sportwissenschaft (1999/2000) sowie Geographie, Soziologie/Politologie und Philosophie (2000/01) evaluiert.

---

<sup>4</sup> Siehe Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Stärkung der Lehre in den Hochschulen durch Evaluation. Weinheim 1996.

## *Verfahrensbeschreibung*

Die Evaluationen im Verbund Norddeutscher Universitäten folgen im Großen und Ganzen dem Vorbild der niederländischen Evaluationsverfahren.<sup>5</sup> Besondere strukturelle Merkmale im Verhältnis zu anderen Evaluationsansätzen in der Bundesrepublik<sup>6</sup> sind:

Die Evaluationen im Verbund greifen über die Grenzen von Bundesländern hinweg; das erleichtert den Erfahrungsaustausch und die Meinungsbildung für eine Kooperation unter den Universitäten.

Sie werden autonom im Sinne von „unabhängig vom Staat durchgeführt“. Natürlich sind sie verflochten mit den aktuellen hochschulpolitischen Diskussionen, ihre Ergebnisse fließen z. B. in die Hochschulentwicklung einer jeden Universität ein.

Studierende beteiligen sich sowohl während der Selbstevaluation als auch in der Phase der Begutachtung in wesentlichem Maße.

Es wird so weit wie möglich versucht, die Grundsätze prozessorientierter Evaluation, wie sie in den Sozialwissenschaften und der Pädagogik entwickelt worden sind, einzuhalten.<sup>7</sup> Dort wird gesagt: Prozessorientierte Evaluationen dienen – anders als summative – der Optimierung politischer Programme oder Curricula. Ihr Design wird nach den Grundfragen entwickelt: Wer überprüft was zu welchem Zweck und wer darf die Konsequenzen ziehen? Im Verbund überprüfen die Fächer selbst ihre Praxis in Studium und Lehre und stellen sich dem Urteil von Gutachterinnen und Gutachtern (zumeist angesehene Persönlichkeiten des eigenen Faches, aber aus anderen Universitäten als denen des Verbundes, zum Teil aus dem Ausland). Der Zweck ist die Optimierung des eigenen Studienangebotes und der eigenen Praxis in Beratung und Prüfung. Die Konsequenzen werden ebenfalls von den Fächern selbst gezogen – allerdings wird der Gefahr vorgebeugt, unbequemen Empfehlungen der Gutachtenden aus dem Weg zu gehen, indem die Konsequenzen von der Hochschulleitung mit diskutiert und die Institute bei der Umsetzung unterstützt werden.

---

<sup>5</sup> Vgl. Roland Richter: Der niederländische Weg zur Modernisierung der Hochschulen. Ein Bericht über die Hochschulreform der 80er und 90er Jahre. GEW Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung 89. Frankfurt/M. 1998.

<sup>6</sup> Vgl. Hochschulrektorenkonferenz: Evaluation. Sachstandsbericht zur Qualitätsbewertung und Qualitätsentwicklung in deutschen Hochschulen. Projekt Qualitätssicherung Dokumente & Informationen 1/1998. Bonn 1998.

<sup>7</sup> Vgl. Wolfgang Beywl: Zur Weiterentwicklung der Evaluationsmethodologie: Grundlegung, Konzeption und Anwendung eines Modells der responsiven Evaluation. Frankfurt/M. 1988.

Die Kooperation zwischen den Universitäten wird dort im Verfahren realisiert, wo sie auch Früchte tragen kann – das heißt: beim Peer-Review, beim Erfahrungsaustausch über die Strategien in der Stärken-Schwächen-Analyse, im Übergang von den Gutachten zur Diskussion über die Folgen, bei den Vorschlägen zur Verbesserung der Evaluationsverfahren und in Wirksamkeitsanalysen. Die Eigenverantwortung des einzelnen Instituts und der einzelnen Hochschule greift dort, wo sie tatsächlich gefragt ist: in der Stärken-Schwächen-Analyse während der Selbstevaluation und in der Definition und Umsetzung der Folgen aus der Evaluation.

### **Selbstevaluation**

In der Phase der Selbstevaluation analysiert ein Institut seine eigenen Stärken und Schwächen. Zur Unterstützung erhalten alle evaluierenden Einheiten einen Frageleitfaden, der für alle Fächer entwickelt wurde und deshalb auf die Besonderheiten des jeweiligen Faches abgestimmt werden muss. Je nach Interesse wird in den Instituten unterschiedlich vorgegangen. Fast alle Institute beauftragen eine Arbeitsgruppe, die Stärken- und Schwächen-Analyse zu strukturieren. Einige teilen den Frageleitfaden in Komplexe auf, für die dann Untergruppen der Arbeitsgruppe einen Entwurf fertigen, der diskutiert wird. Andere befragen Lehrende und Studierende ihres Bereiches. Wenn das Hauptinteresse darin besteht, Informationen zu erhalten, was oft für die Studierenden zutrifft, werden Fragebögen entwickelt, die in den Lehrveranstaltungen ausgefüllt und von der Arbeitsgruppe ausgewertet werden. Wenn das Interesse eher darin besteht, Probleme, Ansichten und Einschätzungen zu erfahren, werden Gruppendiskussionen mit verschiedenen Studierendengruppen (mit Studierenden in Anfangssemestern, im Hauptstudium und solchen in der Prüfungsvorbereitung) oder Diskussionsforen durchgeführt, die protokolliert und ebenfalls von der Arbeitsgruppe ausgewertet werden. Die Lehrenden werden oft gebeten, zu ausgewählten Fragen schriftlich Stellung zu nehmen. Manchmal finden auch Gruppendiskussionen unter den Lehrenden Anwendung, in sehr kleinen Kollegien auch Diskussionen aller.

Die Stärken-Schwächen-Analyse soll in eine Selbstbeschreibung des Instituts münden, die vom Institutsrat verabschiedet wird. Der Fachschaftsrat und die Frauenbeauftragte sollen das Recht haben, eine gesonderte Stellungnahme zu der Selbstbeschreibung für den Fall abzugeben, dass sie ihre Belange in der Selbstdarstellung nicht angemessen vertreten

sehen. Dieses Recht wurde in achtzehn Evaluationsprojekten mit 77 Selbstbeschreibungen selten, aber immerhin 3-mal genutzt.

### **Treffen der Arbeitsgruppen**

Am 8. Mai 2000 trafen sich folgende Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgruppen aus den verschiedenen Universitäten in Hamburg: Nadine Meliß, Prof. Dr. Nikolaus Werz (Rostock, Politologie), Dörthe Gatermann, Prof. Dr. Johannes Huinink, Dr. Manuela Meyerfeldt (Rostock, Soziologie), Tim Cordßen, HD Dr. Roland Lhotta (Bremen, Politologie), Christian Schlieker, Prof. Dr. Uwe Engel (Bremen, Soziologie), Dr. Marion G. Müller (Hamburg, Politologie), Daniel Jakubowski, PD Dr. Katharina Liebsch, Prof. Dr. Ingrid N. Sommerkorn-Abrahams, Susanne Zemene (Hamburg, Soziologie).

Die Vorgehensweisen der einzelnen Arbeitsgruppen wurden ausgetauscht, die zu untersuchenden Studiengänge und Fragestellungen eingegrenzt, Konkretisierungen des Frageleitfadens vorgenommen, Verabredungen für die Gliederung der Selbstbeschreibungen getroffen sowie eine Wunschliste für die Gutachterkommissionen aufgestellt.

Die Anwesenden wünschten sich, dass zwei Kommissionen gebildet werden und einigten sich auf eine Reihenfolge von Namen für die Gutachterkommissionen, in der die gewünschten Persönlichkeiten vom Sprecher des Verbundes um eine Mitarbeit gebeten werden sollten.

### **Stärken-Schwächen-Analyse und das Erstellen der Selbstbeschreibung**

Die sechs Institute haben zu Beginn des Sommersemesters 2000 ihre aus Lehrenden und Studierenden bestehenden Arbeitsgruppen eingesetzt. Auf dem Treffen der Arbeitsgruppen hatten die Anwesenden einige Merkmale für die Selbstbeschreibung der Institute beschlossen:

Forschungsleistungen sollten nur insofern berücksichtigt werden, als sie Niederschlag in der Lehre finden. Um den Gutachtenden ein Bild von der Gesamtleistung der Institute zu ermöglichen, sollte die Selbstbeschreibung im Anhang um eine knappe Darstellung der Forschung ergänzt werden.

Die Selbstbeschreibungen sollten weitgehend der vorgeschlagenen Gliederung folgen, ein Kapitel „Gleichstellungspolitik und Frauenförderung“ neu aufgenommen werden.

Der Umfang der Selbstbeschreibungen sollte 50 Seiten nicht überschreiten.

## **Externe Begutachtung**

Die Gutachtenden arbeiten in den Evaluationen im Nordverbund nach den Regeln der Deutschen Forschungsgemeinschaft, d. h. ohne Honorar. Sie werden nur belohnt mit dem Dank der evaluierten Hochschulen und durch die Tatsache, dass ihr Engagement in der Verbesserung von Lehre und Studium Früchte trägt. Anders als in der Deutschen Forschungsgemeinschaft urteilen die Gutachtenden in der Evaluation von Studium und Lehre nicht über die Zuweisung von Mitteln. Ihre Autorität speist sich aus dem Ansehen innerhalb der Fachdisziplin. Die Kommissionen sind im Allgemeinen den wichtigsten Schwerpunkten einer Wissenschaftsdisziplin entsprechend zusammengesetzt und da es um Studium und Lehre geht, ist auch jeweils der Schwerpunkt Didaktik mit vertreten. Gewünscht ist es auch, jeweils mindestens eine Professorin sowie eine studentische Vertretung und – wenn die Fachvertreterinnen und Fachvertreter es möchten – jemanden aus der mit der Disziplin korrespondierenden Berufspraxis in der Kommission zu haben. Die Universität Groningen unterstützt die Evaluationen im Verbund Norddeutscher Universitäten u. a. dadurch, dass sie jeweils einen evaluationserfahrenen Gutachter in die Kommission entsendet.

Dem Sprecher des Verbundes und Präsidenten der Universität Hamburg, Dr. Jürgen Lüthje, gelang es, diejenigen Persönlichkeiten als Gutachtende zu gewinnen, die die sechs Institute im Konsens vorgeschlagen hatten. Das waren für die Politologie Prof. Dr. Klaus Dicke (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Klaus Dieter Wolf (Technische Universität Darmstadt), Prof. Dr. Reinhard Zintl (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) und als Vertreterin der Studierenden Konstanze Kreuzer (Friedrich-Schiller-Universität Jena) sowie für die Soziologie Prof. Dr. Stefan Hradil (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Prof. Dr. Helmut Kromrey (Freie Universität Berlin), Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel (Humboldt-Universität zu Berlin) und als Vertreterin der Studierenden Hanna Wendt (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel). Prof. Dr. Jules L. Peschar kam als evaluationserfahrener Groninger Gutachter hinzu. Vier Wochen vor dem ersten Besuch der Universitäten erhielten die Gutachtenden die Selbstbeschreibungen der beteiligten Institute. Zwei Wochen vor der Begehung wurde nachgefragt, ob zusätzliche Informationen an-

## *Verfahrensbeschreibung*

zufordern seien und gleichzeitig um Wünsche für die Gestaltung der Besuche in den Universitäten gebeten.

### **Vorbesprechung**

Am 10. Dezember 2000 trafen sich beide Gutachterkommissionen zu einer gemeinsamen Vorbesprechung für die Begehung. Dort wurden die Eindrücke aus der Lektüre der Selbstbeschreibungen ausgetauscht und die wesentlichen an die einzelnen Institute zu stellenden Fragen diskutiert. Ebenfalls wurde die Arbeitsteilung innerhalb der Kommissionen festgelegt.

Am Abend desselben Tages lud der Konrektor der Universität Bremen die Gutachterkommissionen zu einem Abendessen ein – als Willkommensgruß für die Gutachtenden und als Gelegenheit, die Besonderheiten der Evaluation im Verbund Norddeutscher Universitäten sowie die der Universität Bremen zu diskutieren.

### **Begehung**

Die Gutachterkommissionen besuchten vom 11. bis 15. Dezember 2000 die Universitäten Bremen, Hamburg und Rostock. Sie arbeiteten während der Begehung getrennt, aber zeitlich parallel, so dass Begrüßungen, Abendveranstaltungen und Reisezeiten gemeinsam verbracht werden konnten. Das Programm während der Begehungen wurde nach den von der Universität Groningen übermittelten Erfahrungen und nach den Gesprächswünschen der Gutachtenden gestaltet. Es enthielt:

- Gespräche mit Professorinnen und Professoren, akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Studierenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung,
- Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der vorhandenen Teildisziplinen (dabei war jedes Fachgebiet mindestens durch zwei Personen vertreten),
- Gespräche mit dem Dekan und einem Vertreter des Rektorats bzw. Präsidiums über den Stellenwert des Faches im Hochschulentwicklungsplan,
- die Besichtigung der Räume, Rechner-Pools und Bibliotheken.

Während der Begehungen lagen in einem separaten Raum Vorlesungsverzeichnisse, ausgewählte Examens- und Doktorarbeiten und andere

Informationsmaterialien über das Institut für die Gutachterkommission aus.

Der Besuch einer jeden Universität begann jeweils mit einer gemeinsamen „großen Runde“ aus Lehrenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Studierenden der Politologie und Soziologie. Nach der Begrüßung durch den Rektor bzw. Präsidenten, durch die Vertreterin des Norddeutschen Verbundes sowie durch den Dekan der jeweiligen Fakultät stellte die Kommission ihre Intentionen in diesem Verfahren vor, die darauf zielten, innerhalb des Faches zu diskutieren und zu beraten, ohne dabei einen Leistungsvergleich verschiedener Einrichtungen anzustreben. Hier wurden auch erste Fragen zur Selbstbeschreibung gestellt und beantwortet. Anschließend trennten sich die Gutachtenden in zwei Kommissionen auf.

Darauf folgten im Dreiviertelstunden- bzw. Stunden-Takt die Gespräche mit Lehrenden und Studierenden in verschiedenen Gruppierungen (s. o.), mit den Arbeitsschwerpunkten und die Besichtigungen. Die jeweilige Kommission führte alle Gespräche gemeinsam. Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit den gesammelten Informationen am Hochschulstandort zog sich die Gutachter-Kommission am Ende des jeweiligen Besuchs für eine knappe Stunde zur Beratung zurück und präsentierte im Anschluss allen Interessierten ihre ersten Eindrücke.

Die Hochschulleitungen beteiligten sich nicht an den Beratungen während der Begehung. Als Ausdruck ihres Interesses an der Evaluation und ihrer Wertschätzung für die von allen geleistete Arbeit luden der Rektor oder Präsident der besuchten Universität Gutachtende und Fachvertreterinnen und -vertreter während der Besuche zu einem gemeinsamen Abendessen ein.

## **Entwurf des Gutachtens**

Die Gutachterkommissionen entwarfen bis Februar 2001 in Absprache miteinander je ein vorläufiges Gutachten für die beteiligten Universitäten. Den evaluierten Fächern wurde der Entwurf vor der auswertenden Konferenz zugesandt.

## **Auswertende Konferenz**

Die auswertende Konferenz ist eine Besonderheit der Evaluationen im Verbund Norddeutscher Universitäten. Sie soll den Brückenschlag zwischen der Analyse der Stärken und Schwächen eines jeden Instituts hin

## *Verfahrensbeschreibung*

zu den Entscheidungen für Problemlösungen und Konsequenzen aus der Evaluation ermöglichen. An ihr nehmen die Gutachtenden, die Hochschulleitungen und sechs bis acht Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen evaluierten Institute teil. Sie findet als Klausurtagung mit einer Übernachtung statt.

Die auswertende Konferenz für die Studienfächer Politologie und Soziologie wurde am 23. und 24. Februar 2001 im Haus Rissen in Hamburg durchgeführt.

Der erste Programmblock war der Vorstellung und Diskussion des Gutachtenentwurfs gewidmet. Es wurden Verständnisfragen gestellt, Missverständnisse aufgeklärt, unterschiedliche Auffassungen herausgearbeitet und einige Passagen verdeutlicht.

In einem zweiten Teil berichteten die Evaluierten den anderen Universitäten die wichtigsten Informationen, die ihnen das Gutachten übermittelt hatte (siehe Ergebnisberichte der Institute).

Am nächsten Vormittag berieten zunächst die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Universitäten unter sich, welche Konsequenzen sie aus der Evaluation für ihren Bereich ziehen und dem heimischen Institut vorschlagen würden. Anschließend wurden diese Lösungsansätze im Plenum den anderen Universitäten vorgestellt.

Die Frage, auf welche Weise die Ergebnisse dieser Evaluation veröffentlicht werden sollen, wurde ebenfalls auf der auswertenden Konferenz diskutiert und entschieden. Die Anwesenden entschieden sich für eine gemeinsame Veröffentlichung der Ergebnisse. Eine Beschreibung des Evaluationsverfahrens, Kurzporträts der Fachbereiche, ein kurzer Bericht jedes evaluierten Instituts zu den wichtigsten Ergebnissen der Evaluation sowie die Zielvereinbarungen sollten in einem Band zusammengefasst werden.

Für zukünftige Evaluationsverfahren rieten die Beteiligten u. a., dass die Vertreterinnen und Vertreter der Fächer verbindliche Meinungen aus ihren Instituten auf die auswertende Konferenz mitbringen sollten, d. h. die Meinungsbildung bereits im Vorfeld der auswertenden Konferenz stattgefunden haben sollte. Dafür sei es wichtig, die Gutachtenentwürfe rechtzeitig (d.h. mehr als zwei Wochen) vor der auswertenden Konferenz zu erhalten. Des Weiteren wurde bezüglich des Zeitplans der Evaluation angemerkt, dass der Zeitraum für die Erstellung der Selbstbeschreibung zu kurz angesetzt sei; 1,5 Tage pro Fach zu kurz für die Begehung seien

und die auswertende Konferenz nicht in der vorlesungsfreien Zeit liegen sollte. Die Gutachtenden wünschten aufgrund des großen Arbeitsaufwands eine Begehung zum Ende des Semesters, so dass die Gutachten in der vorlesungsfreien Zeit erstellt werden könnten. Die auswertende Konferenz könnte dann zu Beginn des folgenden Semesters durchgeführt werden.

## Zielvereinbarungen

Eine der großen Befürchtungen bei der Durchführung von Evaluationen ist, dass die Mühe und der hohe Aufwand, den Evaluierende und Gutachtende betreiben, ihren Niederschlag lediglich in schön gestalteten Papieren finden könnten. In den niederländischen Verfahren zur Evaluation von Studium und Lehre ging man zunächst davon aus, dass Evaluationen, die im Abstand von fünf Jahren wiederholt werden, eine regelmäßige Kontrolle für die Umsetzung der Ergebnisse aus der vorherigen erlauben. Die niederländischen Gutachterkommissionen machten aber ihrer Ansicht nach zu häufig die Erfahrung, dass die Empfehlungen der vorherigen Gutachterkommission erst kurz vor dem Besuch der nächsten wieder angeschaut wurden.<sup>8</sup> Entsprechend wurde in den Niederlanden eine „Hooge Inspektie“ eingerichtet, die in jährlichen Abständen nach einer Evaluation die Hochschulen nach der Umsetzung der Ergebnisse befragt. Ähnlich geht die Zentrale Evaluationsagentur in Niedersachsen vor. Zwei Jahre nach Veröffentlichung des Gutachtens in einer Evaluation wird der evaluierte Fachbereich aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen aus der Evaluation er inzwischen realisiert hat.<sup>9</sup>

Die Evaluationen im Verbund Norddeutscher Universitäten liegen in der Verantwortung der Hochschulen selbst. Insofern haben die beteiligten Universitäten die Chance, relativ nah am Geschehen auch die Umsetzung der Ergebnisse zu beobachten. Um diese Chance zu nutzen, wurde das Instrument der Zielvereinbarung entwickelt.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. Roland Richter: Der niederländische Weg zur Modernisierung der Hochschulen. Ein Bericht über die Hochschulreform der 80er und 90er Jahre. GEW Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung 89. Frankfurt/M. 1998.

<sup>9</sup> Vgl. Beate Lohnert/Manfred Rolfes: Handbuch zur Evaluation von Lehre und Studium an Hochschulen. Ein praxisorientierter Leitfaden. Schriftenreihe: ‚Evaluation der Lehre‘ 3/97. Hannover 1997 (Hg.: Zentrale Evaluationsagentur der niedersächsischen Hochschulen).

<sup>10</sup> Vgl. auch Detlef Müller-Böling/Ulrich Schreiterer: Hochschulmanagement durch Zielvereinbarungen – Perspektiven eines neuen Steuerungsinstruments. In: Jutta

## *Verfahrensbeschreibung*

Ausgangspunkt dafür sind die Ergebnisse der Evaluation von Studienfächern im Verbund Norddeutscher Universitäten. Das evaluierte Institut in jeder Universität beschließt die Konsequenzen, die aus der eigenen Analyse der Stärken und Schwächen sowie den Empfehlungen der Gutachter gezogen werden sollen.

In einer Vereinbarung mit der Hochschulleitung wird festgelegt, wer welche Maßnahme mit welchem Ziel und in welchem Zeithorizont verwirklicht. Die Hochschulleitung sorgt mit ihren Zusagen in der Zielvereinbarung dafür, dass der Fachbereich in der Umsetzung seiner Ergebnisse Unterstützung durch andere Einrichtungen der Universität – seien es Abteilungen der Hochschulverwaltung oder andere Fachbereiche – erhält sowie, dass die Intentionen des Instituts auch nach außen, d. h. gegenüber Ministerien, Presse etc. vertreten werden.

Die Überprüfung der verabredeten Maßnahmen, das ‚Controlling‘, geschieht durch eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner in der Präsidial-/Rektoratsverwaltung. Ob eine Maßnahme gelungen ist oder ob neue Verabredungen getroffen werden müssen, wird in einem Gespräch mit dem für die Erfüllung der Maßnahme Verantwortlichen im Institut geklärt.

Zielvereinbarungen als Instrument des Umganges zwischen Fachbereich und Hochschulleitung erfordern ein Umdenken auf beiden Seiten. Vereinbarungen werden zwischen – relativ – gleichberechtigten Parteien geschlossen, jede Seite bringt ihre Möglichkeiten ein und unterwirft sich einem verabredeten ‚Monitoring‘ oder ‚Controlling‘.

Mit der Idee, Vereinbarungen zu den Konsequenzen aus Evaluationen zwischen Hochschulleitungen und evaluiertem Fach zu schließen, arbeiten die Universitäten im Verbund seit fünf Jahren. 1998 bzw. 1999 wurden erstmals an allen beteiligten Universitäten mit den Fächern Mathematik und Geowissenschaften Zielvereinbarungen abgeschlossen. Die Zielvereinbarungen mit den Instituten der Politologie und Soziologie in Bremen und Rostock sind also mittlerweile die „vierte Runde“ mit diesem Instrument.

In der Universität Hamburg wurde für diese Evaluation ein gesonderter Weg für die Erarbeitung der Konsequenzen aus der Evaluation gewählt. Die Gutachtenden hatten eine grundlegende Neuorientierung in Studium

und Lehre empfohlen, der Fachbereich befand sich gerade in einer Situation der personellen und organisatorischen Umstrukturierung. Also einigten sich Fachbereichsrat und Präsident darauf, eine Strukturkommission unter Vorsitz von Lord Dahrendorf um die Erarbeitung der Neukonzeption von Forschung und Lehre in den Sozialwissenschaften sowie um die Begleitung der Neuberufungen zu bitten. Eine Zielvereinbarung wurde deshalb in der Universität Hamburg für diese Evaluation nicht abgeschlossen.



# Kurzporträts der Institute



## **Kurzbeschreibung des Faches Politikwissenschaft und seiner Studienangebote an der Universität Bremen**

Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen ist durch Einrichtungsbeschluss des Fachbereichsrates vom November 1999 gegründet worden. Zusammen mit der hierzu gehörenden Genehmigung einer Geschäftsordnung, der Neufassung der Diplomprüfungsordnung im April 1999, der Neufassung der Studienordnung, der Nebenfachvereinbarungen und einer Reihe von Neuberufungen zum WS 97/98 hat das Fach Politikwissenschaft innerhalb von drei Jahren einen umfassenden Restrukturierungsprozess durchlaufen. Politikwissenschaft kann an der Universität Bremen als Diplomstudium und als Lehramtsstudium „Politik“ (Gemeinschaftskunde) mit einer Regelstudienzeit von 9 Semestern studiert werden. Das Vordiplom soll in der Regel nach dem 4. Semester abgelegt werden. Das Lehrangebot zur Abdeckung der 6 Teilgebiete

- Politische Theorie und Ideengeschichte (TG 1),
- Politik und politisches System in liberalen Demokratien unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik (TG 2),
- Internationale und transnationale Beziehungen (TG 3) Analyse und Vergleich politischer Systeme (TG 4),
- Analyse von Politikfeldern und deren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen (TG 5) sowie
- Methoden der Politikwissenschaft (TG 6)

wird gegenwärtig von 8 hauptamtlichen Hochschullehrern/-lehrerinnen sowie einem dem Fach zu 50 % zugerechneten Hochschullehrer getragen. Hinzu kommen 19 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Lehre tätig sind sowie derzeit 9 Lehrbeauftragte (Stand jeweils WS 2000/2001).

Neben der grundständigen Ausbildung im Fach Politikwissenschaft bieten das in das Institut für Politikwissenschaft integrierte Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), das Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) sowie das Jean Monnet-Center for European Studies (CEuS) mit einem unmittelbar aus der dort betriebenen Forschung resultierenden Lehrangebot eine spezielle und teilweise interdisziplinäre Profilierungsmöglichkeit im Bereich internationaler und transnationaler Politik, im Bereich der Sozialpolitik sowie der Theorie des Wohlfahrtsstaates und der

## *Kurzporträt*

Europapolitik zu erlangen. Stark ausgeprägt sind zudem Lehr- und Forschungstätigkeit im Bereich des politischen Systems der Bundesrepublik sowie der Komparatistik. Ergänzt wird die politikwissenschaftliche Ausbildung durch obligatorische Studienbestandteile der Nachbardisziplinen Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Im Fachbereich ist weiterhin der akkreditierte Masterstudiengang „Development Policy with Focus on Non-Governmental Organisations (DENG0)“ angesiedelt.

Durch die obligatorische Absolvierung eines dreimonatigen Praktikums besteht außerdem die Möglichkeit, sich außerfachliche Kompetenzen etwa im Bereich Organisation, Administration, Journalismus u.a. zu verschaffen, die alle im potenziellen Arbeitsumfeld von Politikwissenschaftlern liegen.

Das Lehrangebot im Rahmen des Diplomstudiums am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen wird in erheblichem Maße von Lehramtsstudierenden des Unterrichtsfaches „Politik“ (so die Bremer Unterrichtsbezeichnung) genutzt, die hier den universitären Teil ihrer Ausbildung absolvieren. Da das im Institut für Politikwissenschaft organisierte Lehramtsstudium „Politik“ sowohl sämtliche politikwissenschaftlichen Teilbereiche als auch Politikdidaktik umfasst, sind alle Lehrpersonen des Instituts an der Politiklehrausbildung beteiligt. Hinzu kommen jene Lehrenden, deren Angebote aus benachbarten (grundständig nicht Lehrer ausbildenden) Studiengängen zur Abdeckung der Stoffgebiete Recht, Soziologie und Ökonomie in begrenztem Umfang herangezogen werden.

Die Lehrerausbildung an der Universität Bremen ist eine „Stufenlehrausbildung“, d. h. die Ausbildung erfolgt nach den stufenbezogenen Schwerpunkten Primarstufe, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II. Für alle Schulstufen gilt eine gleich lange Ausbildungszeit von acht Semestern. Nach Abschluss des vierten Semesters findet die Zwischenprüfung statt. Daran schließt ein halbjähriges Vollzeitpraktikum (Halbjahrespraktikum) im Winterhalbjahr an einer Schule im Lande Bremen an. In den fremdsprachlichen Studiengängen ist ein halbjähriger Auslandsaufenthalt obligatorisch, wobei das Praktikum auf Antrag an einer Schule im Land der Zielsprache durchgeführt werden kann. Näheres wird in den Richtlinien für schulpraktische Studien geregelt werden. Das Studium schließt mit der ersten Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen ab. Die zweite Ausbildungsphase (Referendariat) dauert 24 Monate und wird vom Landesinstitut für Schule (LIS) betreut.

Nach dem Gesetz über die Ausbildung für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen studieren die Lehramtsstudierenden

- der Primarstufe/Sekundarstufe I mit dem Schwerpunkt Primarstufe ein Unterrichtsfach und einen Lernbereich der Primarstufe oder die beiden Unterrichtsfächer Deutsch und Mathematik,
- der Primarstufe/Sekundarstufe I mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe I zwei Unterrichtsfächer,
- der Sekundarstufe II (Allgemeinbildendes Schulwesen) zwei Unterrichtsfächer,
- des Lehramts Sekundarstufe II mit beruflicher Fachrichtung (LS II bF) ein Unterrichtsfach und eine berufsbildende Fachrichtung.

Daneben haben alle Lehramtsstudierenden ein erziehungswissenschaftliches Studium zu absolvieren.<sup>11</sup>

Das Lehramtsstudium, so auch das Studium des Faches Politik als eines von zwei zu studierenden Fächern, ist seit dem WS 99/00 neu geregelt.

---

<sup>11</sup>Die neuen Ordnungen für das Lehramtsstudium des Faches Politik enthalten (neben den bereits genannten für alle Lehramtsstudierenden geltenden strukturellen Neuerungen) die folgenden wesentlichen inhaltlichen und strukturellen Neuregelungen:

- Die zu studierenden Stoff- und Themengebiete sind deutlich differenzierter und verbindlicher ausgewiesen als zuvor; sie sind zudem Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereichen zugeordnet und mit Hinweisen auf zeitliche Studiumsumfänge (SWS) versehen.
- Die Studieninhalte sind ergänzt worden um nebenfachähnliche Angebote aus den Bereichen Soziologie, Ökonomie und Recht.
- Fachdidaktische Studien sind obligatorisch zu studieren.

Mit der Einführung des Halbjahrespraktikums sind schulpraktische Studien deutlich ausgeweitet worden.

Insgesamt dürften die skizzierten inhaltlichen und strukturellen Novellierungen vor allem der von der KMK empfohlenen „Beibehaltung eines Studienmodells“ entsprechen, „in dem Fächer, Fachdidaktiken, Erziehungswissenschaften und schulpraktische Elemente grundständig und parallel studiert werden“ sowie „am späteren Berufsfeld“ auszurichten seien und mit dem die „Beliebigkeit der Studienangebote bzw. des Studierens ... dringend überwunden werden“ (Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission, Bonn 1999, S. 7) müsse. Ob dieser Anspruch tatsächlich zu realisieren ist, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit es gelingen wird, die erneuerten strukturellen und inhaltlichen Vorgaben auch auf der Basis ausreichender personeller Ressourcen qualitativ zu gestalten. So wird es ganz besonders darauf ankommen, die fachlichen, fachdidaktischen, erziehungswissenschaftlichen und schulpraktischen Studien sinnvoll im Zuge der Planung und Durchführung von Lehrveranstaltungen miteinander zu verbinden (vgl. ebd., S. 85 ff.) sowie das Halbjahrespraktikum ganz im Sinne dieses Anspruchs studienintegrativ und reflexiv zu gestalten.

## *Kurzporträt*

Im Rahmen sowie in der Konsequenz der im Dezember 1998 erlassenen neuen Prüfungsordnung der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen (LPO) wurden die Prüfungsanforderungen der Fächer (PA) und werden zzt. die entsprechenden Studienordnungen (StO) neu gefasst. Die PA, so auch die für das Fach Politik, gelten seit Dezember 1998; die StO für das Fach Politik, ist Ende des Sommersemesters 2000 vom Fachbereichsrat genehmigt worden.

## **Kurzbeschreibung des Faches Soziologie und seiner Studienangebote an der Universität Bremen**

Das Fach Soziologie wird an der Universität Bremen als Hauptfach für das Diplomstudium, als Haupt- und Nebenfach im Magisterstudium sowie als Nebenfach für andere Studiengänge angeboten. An die Stelle des bisherigen Studiengangs Soziologie trat im Zuge der Reorganisation des Fachbereichs Sozialwissenschaften seit April 2000 das Institut für Soziologie (IfS). Es umfasst zurzeit 12 Professoren/-innen, die nach dem Hochschulentwicklungsplan künftig auf 6 Professuren plus 2 Schnittstellenprofessuren mit der Politikwissenschaft reduziert werden, 10 Privatdozenten/-innen sowie in Verbindung mit speziellen universitären Forschungseinrichtungen 60 wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zu einem erheblichen Teil auch in der Lehre tätig sind. Bei den erwähnten Forschungseinrichtungen handelt es sich um den Sonderforschungsbereich 186 („Statuspassagen im Lebenslauf“), das EMPAS (Institut für empirische und angewandte Soziologie), das Zentrum für Sozialpolitik (ZES), die Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung (ZWE) „Arbeit und Region“, den Aufbaustudiengang Entwicklungspolitik mit dem Schwerpunkt Nicht-Regierungsorganisationen (ENRO) und das Institut für Sozialökonomische Handlungsforschung (SEAR). Außerdem ist das IfS über eine Professur mit dem politikwissenschaftlichen Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) verbunden.

Die Lehre im Rahmen des IfS umfasst im Grundstudium eine Einführungsphase sowie eine Grundlagenphase mit Lehrangeboten in soziologischer Theorie, Sozialstrukturanalyse, empirischen Methoden und Statistik und speziellen Soziologien. Hinzu kommt das Nebenfachstudium. Das Hauptstudium erfolgt in Studienschwerpunkten sowie in den diesen Schwerpunkten zugeordneten speziellen Soziologien und umfasst die Fortsetzung des Nebenfachstudiums. Das Diplomstudium und das Magisterstudium dauern entsprechend der Regelstudienzeit neun Semester und schließen mit der Prüfungsphase im neunten Semester ab.

Dem IfS und insbesondere den Studierenden der Soziologie steht im Fachbereich Sozialwissenschaften die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug mit dem angeschlossenen Archiv für Examensarbeiten sowie studienbegleitenden berufsqualifizierenden Programmen (Programm Magister optimus) und Kursen zur Verfügung. Die Arbeitsstelle berät und unterstützt die Studierenden bei der Praktikumssuche und pflegt den Kontakt zu Absolventinnen und Absolventen. Sie ist an

## *Kurzporträt*

der Ausarbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen und Studienplänen beteiligt.

Im Wintersemester 2000/2001 studierten 711 Studierende im Diplom, 542 im Magisterstudiengang und 216 im Magisternebenfach. 217 Personen hatten das Studium der Soziologie mit Abschlussziel Diplom aufgenommen, 155 im Magisterstudiengang (Hauptfach Soziologie) und 87 im Magister mit Nebenfach Soziologie.

Weit mehr als die Hälfte aller Soziologiestudierenden sind weiblich, unabhängig vom Diplom- oder Magisterstudium und Magisternebenfach. Zu diesen Zahlen kommt eine nicht genau zu ermittelnde Zahl von Studierenden anderer Studiengänge wie zum Beispiel der Wirtschafts- oder Kulturwissenschaft hinzu, die Soziologie als Nebenfach gewählt haben.

Diese strukturelle Vielfalt des Faches, seiner Einrichtungen und Angebote ist ohne die Geschichte des Faches Soziologie an der Universität Bremen nicht zu verstehen, weshalb an dieser Stelle ein kurzer Abriss dieser Geschichte gegeben werden soll.

## **Das Institut für Soziologie und seine Vorgeschichte**

Nachdem die Universität dem Reformdenken der späten 60er und frühen 70er Jahre folgend unterschiedliche Studiengänge mit soziologischen Anteilen und dementsprechend auch mit soziologischen Professuren ausgestattet hatte (was auch heute noch dazu führt, dass viele dieser Hochschullehrer in die Lehre der Soziologie integriert, aber nicht Mitglieder des IfS sind), wurde dann doch ein Studiengang „Sozialwissenschaft im engeren Sinne“ eingerichtet. Dieser Studiengang spaltete sich infolge politisch-ideologischer und fachlicher Differenzen zu Beginn der 80er Jahre in die beiden Studiengänge „Soziologie“ und „Sozialwissenschaft“ auf, zwischen denen über lange Jahre nur eine sehr begrenzte Kommunikation bestand, obgleich sehr bald nach der anfänglichen Radikalität der Abschottung die wechselseitige Anerkennung von Lehrveranstaltungen begann. Der Studiengang „Soziologie“ verstand sich als strikt disziplinär, das nach der Spaltung gegründete „Institut für empirische und angewandte Soziologie“ (EMPAS) war mit den Mitgliedern des Studiengangs Soziologie weitgehend identisch. Der Studiengang Sozialwissenschaft verstand sich eher als thematisch breiter angelegt, mehr an der Bearbeitung gesellschaftlich relevanter Themen als an der Fortentwicklung der Disziplin interessiert. Dieser Studiengang gründete kein Institut, seine Mitglieder waren je nach Interessenlage und fachlicher Orientie-

rung verschiedenen Einrichtungen zugeordnet oder gründeten selbst solche Einrichtungen. Die Einheit des Studiengangs war nicht sehr ausgeprägt und wurde durch die Studiengangskommission und die Einrichtung des „Beauftragten für die Lehre“ repräsentiert. In der Hauptsache oblag diesen die Planung des Lehrprogramms sowie die Erarbeitung neuer Diplomprüfungs- und Studienordnungen. Diese Struktur wurde dann auch dem neu gebildeten Studiengang „Soziologie“ unterlegt, der aus der Zusammenlegung der ursprünglich getrennten Studiengänge Anfang der 90er Jahre entstand. Da alle Forschungs- und Zugehörigkeitsinteressen außerhalb des neuen Studiengangs institutionalisiert waren, hatte auch der neue Studiengang (wie schon der alte Studiengang Sozialwissenschaft) kein organisatorisches Zentrum (wie es der alte Studiengang Soziologie mit dem EMPAS durchaus hatte).

Die im Zuge der Reorganisation des Fachbereiches erfolgte Gründung des Instituts für Soziologie fand also in einer ausgesprochen diffusen Situation statt. Die Vielfalt der Institute und Zuordnungen hatte in der Mitte des Faches ein organisatorisches und personelles Vakuum hinterlassen, das nun erstmals auszufüllen war. Die Problematik der vielfachen Verzweigungen zeigt sich z. B. daran, dass die Zugehörigkeit zum Institut keineswegs mit der Zugehörigkeit zu den oben bereits genannten Einrichtungen identisch ist, hier also neue Regelungen gefunden werden mussten.

Im Verlauf der Diskussionen eines ersten Entwurfes der vorliegenden Selbstbeschreibung zeigte sich ein weiteres Problem: Während einige der Institute (EMPAS, Sfb 186, ZeS, ZWE) mehr oder weniger häufig auswärtige und ausländische Gäste beherbergten, die in den jeweiligen Institutskolloquien Vorträge und kleine Seminare hielten, war dies in anderen Einrichtungen sehr viel seltener der Fall. Diese Aktivitäten, Besuche, Vorträge, Lehrveranstaltungen usw. können deshalb heute nicht einfach dem Institut für Soziologie oder seinem Vorläufer, dem Studiengang Soziologie, zugerechnet werden. Sie waren Aktivitäten der jeweiligen Einrichtungen, die sich entweder als interdisziplinäre Forschungseinrichtung oder als thematisch spezialisierte Einrichtung verstanden, nie aber als Teil einer fachlichen Einheit, die es bis zur Gründung des Instituts für Soziologie an der Universität Bremen nicht gegeben hat. Die Aktivitäten der Forschungsinstitute sind zahlreich und vielfältig, waren aber bisher weitgehend auf die Institute beschränkt. Das IfS kann sie sich deshalb auch nicht auf seine eigenen Fahnen schreiben. Sie entspra-

## *Kurzporträt*

chen der jeweiligen Ausrichtung der Forschungsinstitute, nicht aber einer Einheit des Faches.

Die Aufgabe des IfS kann es nun nicht sein, diese vielfältigen Aktivitäten, die der jeweiligen Ausrichtung der Forschungsinstitute, nicht aber der Einheit des Faches entsprechen, zentral zusammenzuführen. Sehr wohl wird es aber darauf ankommen, die fachliche und organisatorische Einheit des Faches durch Aktivitäten zu strukturieren, die zur Ausbildung einer Identität des IfS beitragen. Eine solche Identität hat es auf Grund der Geschichte des Faches an der Universität Bremen bisher nicht gegeben. Dies macht die auf das IfS zukommende Aufgabe zwar sehr schwierig, es hat sich aber gezeigt, dass alle Beteiligten trotz aller Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen an der Ausbildung einer solchen fachlichen Identität sehr interessiert sind.

## **Kurzbeschreibung des Faches Politische Wissenschaft und seiner Studienangebote an der Universität Hamburg**

Das Institut für Politische Wissenschaft (IPW) liegt am Allendeplatz 1 und ist damit auf dem Universitätscampus angesiedelt. Es ist dem Fachbereich 05 der Universität Hamburg (bis Sommersemester 2000: Philosophie und Sozialwissenschaften, seit Wintersemester 2000/01: Sozialwissenschaften) angegliedert und befindet sich im selben Gebäude wie die Institute für Soziologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Journalistik (FB 05/07). Institutsübergreifend genutzt und verwaltet wird die Bibliothek; die Institute für Soziologie und Politische Wissenschaft nutzen gemeinsam einen Computer-Pool und haben ein gemeinsames Büro zur Praktikumsberatung sowie ein Studierendenzentrum. Das IPW selbst ist in fünf Teilbereiche gegliedert und deckt somit die zentralen Komponenten der Politischen Wissenschaft inhaltlich ab:

- Politische Theorie und Ideengeschichte (Grundbegriffe der Politischen Wissenschaft, Probleme der Theoriekonstruktion, Geschichte der politischen Ideen und Theorien, moderne politische Theorien),
- Regierungslehre/Bundesrepublik Deutschland (historische, verfassungsrechtliche, ökonomische und sozialstrukturelle Grundlagen, politisches Institutionensystem, politische Willensbildung, Politikfeldforschung),
- Vergleichende Regierungslehre (Theorien und Methoden des politikwissenschaftlichen Vergleichs, Vergleich unterschiedlicher Regierungs- und Gesellschaftsformen, ausgewählte Politikfelder im Vergleich),
- Internationale Politik (Theorien und Untersuchungen zu den Bedingungen, Prozessen und Strukturen einzelstaatlicher Außenpolitik und internationaler Beziehungen; internationale Institutionen und Regime, Organisation und Akteure auf staatlicher und substaatlicher Ebene; Tendenzen internationaler Vergesellschaftung; Strukturgeschichte und Entfaltungsperspektiven des Weltsystems und seiner Machtverhältnisse; Kriegsursachen und Probleme der Friedensgestaltung, Demokratisierungsprozesse in der Zweiten und Dritten Welt, nationale und internationale Entwicklungsprobleme, globale Umweltprobleme),
- Methodische und Historische Grundlagen der Politischen Wissenschaft (thematisch orientierte Einführung in die Techniken des wis-

## *Kurzporträt*

senschaftlichen Arbeitens, statistische Verfahren, Wissenschaftstheorie und Methodologie, quantitative und qualitative Methoden, insbesondere empirische Sozialforschung, Einführung in die Grundlagen der politischen Zeitgeschichte und der politischen Kulturgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert).

Darüber hinaus sind am Institut die Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung und die Arbeitsstelle Medien und Politik angesiedelt, die Studierenden die Möglichkeit bieten, sich selbst an aktuellen Forschungsprozessen zu beteiligen.

Am IPW können verschiedene Abschlüsse gemacht werden: Diplom, Magister, Dr. phil., Dr. rer. pol. und alle Lehramtsabschlüsse. Politische Wissenschaft kann auch als Neben- oder Beifach studiert werden. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem Diplomstudiengang. Die Zulassungsvoraussetzungen sind mit einem Numerus clausus von durchschnittlich 1,6 sehr hoch. Im letzten Sommersemester lag dieser sogar bei 1,2. Das Studium gliedert sich in ein Grundstudium mit studienbegleitender Vordiplomprüfung und in ein Hauptstudium mit abschließender Diplomprüfung (der Magisterstudiengang läuft analog). Die angebotenen Lehr- und Lernformen sind Vorlesungen, Einführungen (Grundkurs und Theoriekurs), Mittelseminare, Lektürekurse und Übungen im Grundstudium sowie Haupt-, Ober- und Projektseminare im Hauptstudium.

Für Studierende des Diplomstudienganges ist seit dem Wintersemester 99/00 die Teilnahme an einem Praktikum Pflicht, das als wichtiger Bestandteil des Studiums im Hinblick auf die Berufsvorbereitung gesehen wird. Auch ein Auslandsstudium wird unterstützt und nach Möglichkeit gefördert.

Im Sommersemester 2000 lehrten am Institut 9 Professoren (darunter eine halbe Professorenstelle nach § 17.3 HmbHG und eine Vertretungsprofessur) und drei wissenschaftliche Assistenten. Ein Professor war beurlaubt. 5 halbe Stellen stehen für wissenschaftliche Mitarbeiter im Rahmen der Promotions- und Praktikumsförderung zur Verfügung, wovon eine derzeit vakant ist. Daneben unterrichten am IPW 11 Privatdozenten (überwiegend im Bereich Internationale Politik) und ein Gastprofessor.

Im Wintersemester 1999/2000 waren am Institut für Politische Wissenschaft 622 Studierende eingeschrieben (ohne Neben- und Beifachstudierende). Von diesen streben 170 einen Magisterabschluss an, 375 ein Diplom. 66 Personen waren als Promotionsstudierende immatrikuliert, 11 als Austauschstudierende. Hinzu kommen 123 Lehramtsstudierende.

Von diesen streben 101 die Zulassung zum Lehramt für die Oberstufe allgemeinbildender Schulen an, 59 für die Oberstufe beruflicher Schulen. 41 Lehramtskandidaten wollen in der Grund- und Mittelstufe unterrichten, 12 an Sonderschulen. Da die Nebenfachstudierenden von der Universitätsverwaltung nicht statistisch erfasst werden, ist ihre genaue Zahl unbekannt. Der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften liegt mit 2488 Studierenden im Wintersemester 1998/99 zahlenmäßig deutlich über dem Durchschnitt der 18 Fachbereiche der Universität, der bei 1883 Studierenden pro Fachbereich liegt. Innerhalb des FB 05 liegt die Politische Wissenschaft hinter der Soziologie an zweiter Stelle in Bezug auf die Zahl der Studierenden.

## *Kurzporträt*

# Kurzbeschreibung des Faches Soziologie und seiner Studienangebote an der Universität Hamburg

## 1. Organisationsstruktur

Historisch betrachtet begann die Soziologie in Hamburg mit der Gründung der Universität 1919 als sozialphilosophisch, sozialpolitisch und historisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft.<sup>12</sup> 1926 wurde auf maßgebliches Betreiben von Ferdinand Tönnies der erste Hamburger Lehrstuhl für Soziologie mit Andreas Walther besetzt, der 19 Jahre an der Hamburger Universität lehrte. Mit der Verlegung des Soziologischen Seminars in die Philosophische Fakultät wurde 1934/35 das Promotionsrecht erworben. Es kann davon ausgegangen werden, dass bis 1933 die bewusste und systematische Trennung der Soziologie von anderen Fächern nur wenig vollzogen gewesen ist; beispielsweise bewarben sich Hans Freyer, Arnold Gehlen und Othmar Spann um den durch die Entlassung von Ernst Cassirer freigewordenen philosophischen Lehrstuhl. 1945 schloss die britische Besatzungsmacht die Universität vorübergehend und der soziologische Lehrstuhlvertreter Andreas Walther wurde zwangsweise in den Ruhestand versetzt. 1949 nahm Helmut Schelsky eine an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft angesiedelte Professur für Soziologie an. Der an der Universität vorhandene Lehrstuhl für Soziologie blieb bis zur Berufung von Helmut Schelsky 1953 vakant. Nachfolgend formierte sich das „Seminar für Sozialwissenschaften“, welches das Institut für Politische Wissenschaften, das Institut für Soziologie und das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte umfasste. Innerhalb des „Seminars für Sozialwissenschaften“ hatte das Institut für Soziologie eine Sonderstellung, da es sowohl der Philosophischen Fakultät als auch der Wirtschafts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät angehörte. Diese organisatorische Regelung wurde bis zur Einführung der bis heute gültigen Gliederung in Fachbereiche 1969 beibehalten. Von 1969 an gehörte das „Seminar für Sozialwissenschaften“ zum Fachbereich „Philosophie und Sozialwissenschaften“ und wurde von Studierenden stark nachgefragt. In der Zeit von 1970 bis 1978 verdoppelte sich die Zahl der Lehrenden wie auch der Studierenden. 1978 wurde das Sozial-

---

<sup>12</sup> Zur Geschichte der Hamburger Soziologie siehe Rainer Waßner (Hg.): Wege zum Sozialen. 90 Jahre Soziologie in Hamburg, Opladen: Leske und Budrich 1988 oder auch die von Hermann Korte und Alexander Deichsel betreute Diplomarbeit von Matthias Sterly: „Das Studium der Soziologie an der Universität Hamburg. Entwicklung der Lehre seit 1945. Ein Beitrag zur Soziologiegeschichte“, Hamburg 1998.

wissenschaftliche Seminar in drei eigenständige Institute aufgeteilt, die seither als Institut für Soziologie, Institut für Politische Wissenschaft und Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit dem Philosophischen Seminar in einem Fachbereich ihre gemeinsamen Belange regeln und um Ressourcen konkurrieren.<sup>13</sup> Die Erstellung getrennter Selbst-Beschreibungen für die Fächer Soziologie, Politik und Philosophie im Rahmen dieses Evaluationsverfahrens spiegelt die Unterschiedlichkeiten und Eigenständigkeiten der jeweiligen Fächer.

Heute ist das Institut für Soziologie gemäß einem 1999 erarbeiteten Strukturkonzept in drei miteinander verknüpfte Strukturebenen untergliedert: Der Bereich der Kernqualifikationen umfasst „Soziologische Theorien, Geschichte der Soziologie, Aktuelle Theoriediskussionen“ sowie „Methoden der Empirischen Sozialforschung und Statistik“. Der Bereich der Schwerpunktqualifikationen umfasst vier zentrale gesellschaftliche Themenfelder, nämlich „Geschlecht, Sozialisation und Lebenswelten“, „Stadt, urbane Kultur und öffentliche Kommunikation“, „Soziale Probleme – soziale Dienstleistungen – soziale Sicherungen“ sowie „Wirtschaft und Betrieb“. Eine dritte Ebene stellen interdisziplinäre und transdisziplinäre Qualifikationen dar. Diese resultieren aus der inhaltlich-thematischen Verknüpfung mit anderen Fächern der Universität Hamburg und der Zusammenarbeit mit nicht-universitären Institutionen, Vereinigungen und Personen. Eine solche von Schwerpunktqualifikationen dominierte Struktur ist in der 1988 genehmigten Studienordnung des Studiengangs mit dem Abschluss Diplom grundgelegt. Hier heißt es:

„Das Fach Soziologie im Institut für Soziologie gliedert sich in Allgemeine Soziologie und verschiedene Arbeitsbereiche (Schwerpunkte), die verschiedene spezielle Soziologien zusammenfassen. Daraus ergibt sich eine – grundsätzliche veränderbare – Strukturierung des Lehrangebots, die auch im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesen ist“.

Somit ist also eine Variation und Aktualisierung der Inhalte sowohl möglich als auch angestrebt. Eine solche Veränderung findet derzeit im Bereich der Schwerpunktqualifikationen statt. So ist die oben genannte Struktur das vorläufige Ergebnis einer Strukturdiskussion am Institut, die

---

<sup>13</sup> Das philosophische Seminar ist zum Wintersemester 2000/2001 in den Fachbereich „Geschichtswissenschaften“ gewechselt. Zudem strebt die Universität Hamburg eine Neuregelung aller Fachbereiche und eine Verkleinerung der Anzahl von Fachbereichen an. Im Institut für Soziologie ist bislang noch keine Einigung darüber erfolgt, welche Zuordnung erstrebens- und wünschenswert wäre.

Ende 1999 in die Formulierung eines so genannten „Strukturpapiers“ mündete und vom Institutsrat verabschiedet wurde. Der Diskussionsprozess um die Struktur des Instituts ist bis dato jedoch weder abgeschlossen noch strukturell umgesetzt. Deshalb findet sich im Vorlesungsverzeichnis der Hamburger Universität bislang noch eine Gliederung des Lehrangebots, die 1990 festgelegt wurde. Das Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Hamburg weist nachstehende Bereiche aus:

- A. Einführende Veranstaltungen,
- B. Allgemeine Soziologie,
- C. Sozialisation und Erziehungsinstitutionen<sup>14</sup>,
- D. Soziale Probleme, abweichendes Verhalten und soziale Kontrolle,
- E. Stadt- und Regionalsoziologie,
- F. Wirtschaft und Betrieb,
- G. Methodologie und Datenverarbeitung.<sup>15</sup>

Darüber hinaus sind zwei Arbeitsstellen und eine Forschungsstelle mit dem Institut verbunden:

- Ferdinand Tönnies-Arbeitsstelle,
- Arbeitsstelle Rehabilitations- und Präventionsforschung,
- Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung.<sup>16</sup>

Das Lehrangebot wird für die Studiengänge

- Diplom Haupt- und Nebenfach,
- Magister Haupt- und Nebenfach,
- Lehrämter Oberstufe – Allgemeinbildende Schulen (OAS),
- Grund- und Mittelstufe (GruMi),
- Oberstufe – Berufliche Schule (OBS)

---

<sup>14</sup> Zu diesem Schwerpunkt gehört auch der dort nicht ausgewiesene Bereich „Geschlechterforschung“.

<sup>15</sup> Ein weiterer Studienschwerpunkt zum Thema „Kommunikation und Massenmedien“ wurde 1994 aufgrund von Pensionierungen und Stellenumwidmungen aufgelöst.

<sup>16</sup> Derzeit sind die Ferdinand-Tönnies Arbeitsstelle wie auch die Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung nur eingeschränkt aktiv. Die Arbeit verläuft aufgrund der Pensionierung der leitenden Personen zurzeit reduziert.

## Kurzporträt

- und Sonderschulen (SO)

bereitgestellt. Die Fachdidaktik der Schulfächer Sozialkunde mit dem Schwerpunkt Soziologie/Politik ist dem Fachbereich Erziehungswissenschaft zugeordnet.

Das Stellenkontingent des Instituts für Soziologie beläuft sich zurzeit auf 15 hauptamtlich Lehrende (11 Professuren, 4 Assistenturen). Davon sind mehrere Stellen seit geraumer Zeit nicht besetzt und zwei Professorenstellen werden im Jahr 2001 dem Rotstift zum Opfer fallen. Darüber hinaus sind noch sieben Personen auf halben Stellen für wissenschaftliche Mitarbeit beschäftigt, deren Arbeitsbeschreibung keinen Beitrag zur Lehre vorsieht. Zudem erhält das Institut in jedem Semester Mittel für sieben Lehraufträge. Die Stellen verteilen sich wie folgt:

### Allgemeine Soziologie

- C4 Max Miller, seit 1992
- C1 NN, ex-Huber, Wiederbesetzung erfolgt am 1.3.2001
- wiss. Mitarbeiter gem. §24.3 HmbHG: Jörg Ebrecht

### Methoden und Methodologie

- C4 NN, ex-Kristof, vakant seit 4/1997
- C2 Heinz Renn, seit 1977
- wiss. Mitarbeiter gem. §24.3 HmbHG: NN

### Stadtsoziologie

- C4 vertreten durch Gabriele Klein, ex-Korte, vakant seit 3/2000
- C3 NN, ex-Dangschat, vakant seit 2/1998
- C1 NN, ex-Klein, vakant seit 3/2000
- wiss. Mitarbeiterin gem. §24.3 HmbHG: Renate Ruhne

### Wirtschaft und Betrieb

- C4 Klaus Heinemann, seit 1981
- C3 Rolf von Lüde, seit 1996
- C1 Markus Friederici
- wiss. Mitarbeiterin gem. §24.3 HmbHG: Susanne Dreas

### Sozialisation und Erziehungsinstitutionen

- C4 Ingrid Sommerkorn-Abrahams, seit 1994
- C3 Marianne Pieper, seit 1996
- C1 Encarnacion Gutierrez-Rodriguez, seit 10/2000
- wiss. Mitarbeiterin gefördert durch HSP III: Stefanie Gräfe

### Abweichendes Verhalten und Soziale Kontrolle

- C2 Peter Runde, seit 1976
- C2 Klaus Eichner, seit 1983
- wiss. Mitarbeiterin gem. §24.3 HmbHG: Sabina Stelzig
- wiss. Mitarbeiter gem. § 24.3 HmbHG: Andreas Weber

Mit einer Zahl von 1392 Studierenden (1999) und derzeit noch 15 hauptamtlich Lehrenden (4 C1, 3 C2, 3 C3, 5 C4) ist das Institut für Soziologie an der Universität Hamburg zwar bundesweit eines von den größeren und vergleichsweise großzügig ausgestatteten Soziologie-Instituten, innerhalb der Hamburger Universität mit ihren ca. 41 000 Studierenden als ein eher kleines Institut anzusehen, welches zudem stetig verkleinert wurde und wird. So hat sich beispielsweise seit 1986 die Entwicklung der Personalstellen wie auch die Zahl der im Vorlesungsverzeichnis ausgewiesenen Semesterwochenstunden kontinuierlich reduziert und ist im Studienjahr 1998 auf den Stand des Studienjahrs 1972 zurückgefallen. Das quantitative Lehrangebot hat sich bei gleich bleibender Anzahl von Hauptfach-Studierenden in den letzten zehn Jahren verschlechtert.

## **2. Sparprogramm und Umbruch im Bereich der Personalstruktur**

Das Institut für Soziologie befindet sich – wie die gesamte Universität – in einer Umbruchsituation, die maßgeblich durch zwei Faktoren hervorgerufen ist: Zum einen gibt das Sparprogramm der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1995 eine Mittelkürzung im Umfang von etwa 12 bis 15 % der frei werdenden Stellen („Struktureller Orientierungsrahmen für Stellenstreichungen“) vor. Diese wird durch eine derzeit wirksame „Zweitstellenregelung“ umgesetzt, die vorsieht, dass jede zweite frei werdende Stelle, mit Ausnahme der wissenschaftlichen Nachwuchsstellen, eingespart wird. So wurden seit 1994 im Institut für Soziologie folgende Einsparungen vorgenommen:

## *Kurzporträt*

- C4-Professur für Soziologie der Wirtschaft, der Arbeit und der Organisation (ex-Hetzler, 1994)
- A14-Dozentur für Allgemeine Soziologie und Soziologie der Arbeit (ex-Zirwas, 1994)
- C2-Professur für Allgemeine Soziologie (ex-Deichsel, 2000)
- 1 AfT-Stelle (ex-Büro Korte) sowie zwei weitere frei werdende halbe AfT-Stellen.

Zum zweiten ist zu erwarten, dass bedingt durch die Altersstruktur des Lehrkörpers, ein beinahe vollständiger Personalaustausch im Zeitraum von 1994 bis 2004 erfolgt sein wird.

Darüber hinaus werden zukünftig bedingt durch Auflagen des Präsidenten und unterstützt durch ein 1997 vorgelegtes Gutachten einer externen Beratungskommission zur Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität Hamburg

- mindestens zwei weitere Professoren-Stellen gestrichen,
- eine Zusammenlegung der Methoden-Ausbildung in den Fächern Politik und Soziologie erwogen sowie
- Überlegungen zur Intensivierung der fachlichen Geschlossenheit im Fach verstärkt diskutiert.

## **Kurzbeschreibung des Faches Politikwissenschaft und seiner Studienangebote an der Universität Rostock**

Politik und Wissenschaft, sind das nicht Gegensätze? Zur Politik hat, so will es scheinen, schließlich jeder mehr oder weniger informierte Beobachter etwas zu sagen. Bedeutet Politik nicht auch immer, Dinge wertend zu beurteilen, eine Meinung zu etwas zu vertreten, die genauso gut anders aussehen könnte? Und die Wissenschaft? Sollte nicht gerade sie davon frei sein und überprüfbare Tatsachen statt unbewiesener Meinungen zu produzieren?

Die Politikwissenschaft will in der Tat nicht irgendwelche Meinungen oder Ideologien pseudowissenschaftlich rechtfertigen. Der Disziplin geht es um die wissenschaftliche Durchleuchtung des „Politischen“ in all seinen Facetten. Durch diesen besonderen Gegenstandsbereich definiert sich die Politikwissenschaft und hebt sich von anderen Universitätsfächern ab. Bei Einzelaspekten und durch die angewandten Methoden ergeben sich dabei immer wieder Berührungspunkte mit anderen Disziplinen, wie z. B. Jura, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte oder Soziologie. Aus diesem Grunde wurde die Politikwissenschaft von einem ihrer frühen Fachvertreter (Ernst Fraenkel) auch als „Integrationswissenschaft“ bezeichnet – in der Folgezeit hat dann eine starke Spezialisierung eingesetzt.

Das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften (IPV) wurde am 13. Februar 1992 durch Beschlüsse der Gründungskommission der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und des Akademischen Senats an der Universität Rostock gegründet. Es gehört der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WSF) an. Aufgrund seiner Zugehörigkeit zur WSF und der spezifischen Situation an einer Universität in den neuen Bundesländern unterscheidet es sich in gewisser Hinsicht von den entsprechenden Instituten der alten Bundesländer.

Mit drei Professuren (Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit, Politische Theorie und Ideengeschichte, Vergleichende Regierungslehre) kann das IPV die zentralen Bereiche der Politikwissenschaft abdecken. Mit insgesamt zehn Mitarbeitern (acht wissenschaftliche und zwei nicht-wissenschaftliche) verfügt das Institut über eine sehr „schlanke“ Ausstattung. Gleichwohl sind die Studierendenzahlen kontinuierlich angestiegen: Zum Wintersemester 2000/2001 studierten rund 470 Per-

## *Kurzporträt*

sonen Politikwissenschaft. Seit 1993/94 bot das Institut Politikwissenschaft als Hauptfach des in der Philosophischen Fakultät angesiedelten Magisterstudiengangs (als Nebenfach bereits seit 1992) an; zum Wintersemester 2000/2001 wurde der Magisterstudiengang durch einen gestuften Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang abgelöst, in dessen Rahmen Politikwissenschaft als Erst- oder Zweitfach gewählt werden kann. Daneben besteht seit 1998/99 der Lehramtsstudiengang „Sozialwissenschaften“.

## **Kurzbeschreibung des Faches Soziologie und seiner Studienangebote an der Universität Rostock**

An der Universität Rostock besteht die Möglichkeit, Soziologie im Magisterstudiengang zu studieren, und zwar als Hauptfach (seit SoSe 1996) und als Nebenfach (seit WiSe 1992/93). Im Rahmen der Lehramtsstudiengänge Sozialwissenschaften für Gymnasien sowie für Haupt- und Realschulen (seit WiSe 1998/99) ist ein Grundkanon soziologischer Kurse für alle Studierenden obligatorisch und die Fachdidaktikausbildung wird in wesentlichen Teilen von der Soziologie getragen. Ebenfalls obligatorisch sind soziologische Veranstaltungen im Grundstudium des Diplom-Studienganges Demographie. Zudem kann bzw. muss Soziologie in diversen Diplom-Studiengängen als Beifach, Doppel-Wahlpflichtfach, Wahl(pflicht)fach u. ä. studiert werden.

Das Magisterstudium mit Soziologie als Hauptfach hat eine Regelstudienzeit von acht Semestern mit jeweils 30-40 Semesterwochenstunden (SWS) im Grund- und Hauptstudium; im Fall der Anfertigung einer Masterarbeit im Fach Soziologie ist ein neuntes Semester dafür vorgesehen. Auch das Magisterstudium im Nebenfach erstreckt sich über eine Regelstudienzeit von acht Semestern, mit jeweils 16-20 SWS im Grund- und Hauptstudium. Administrativ und prüfungsrechtlich werden die Magisterstudiengänge von der Philosophischen Fakultät betreut. Auf die vielfältigen Regelungen für die Studierenden der Lehramts- und Diplom-Studiengänge soll in dieser Kurzfassung nicht eingegangen werden.

Getragen wird das Lehrangebot im Fach Soziologie vom Institut für Soziologie, das organisatorisch zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gehört. Das Rostocker Institut für Soziologie besteht aus fünf Lehrstühlen:

- Lehrstuhl für Theorie der Soziologie und Theoriengeschichte (Prof. Dr. Peter Voigt mit einer Mitarbeiterstelle und einer halben Sekretariatsstelle; im Privatdozentenstatus ist zudem PD Dr. Detlev Wahl an dem Lehrstuhl angesiedelt),
- Lehrstuhl für allgemeine Soziologie - Makrosoziologie (Prof. Dr. Peter Berger mit zwei Mitarbeiterstellen und einer halben Sekretariatsstelle),
- Lehrstuhl für allgemeine Soziologie - Mikrosoziologie (Prof. Dr. Peter Preisendörfer mit zwei Mitarbeiterstellen und einer halben Sekretariatsstelle),

## *Kurzporträt*

- Lehrstuhl für Soziologie mit Schwerpunkt Bevölkerungs- und Familiensoziologie (Prof. Dr. Johannes Huinink, derzeit Institutssprecher, mit zwei Mitarbeiterstellen und einer dreiviertel Sekretariatsstelle),
- Lehrstuhl für Demographie und Ökonometrie (Prof. Dr. Reiner Dinkel mit drei Mitarbeiterstellen und einer dreiviertel Sekretariatsstelle).

Aus dieser Lehrstuhl-Liste lässt sich ablesen, dass Demographie und Bevölkerungssoziologie einen besonderen Schwerpunkt in Rostock darstellen, wobei dieser Schwerpunkt auch wesentlich in das Kursangebot der Soziologie hineinreicht. Die Lehrstühle von Prof. Huinink und Prof. Dinkel sind hauptverantwortlich für einen im WiSe 1999/2000 neu eingeführten Diplom-Studiengang Demographie, wobei der Lehrstuhl von Prof. Huinink eine Mittlerstellung zwischen Soziologie und Demographie einnimmt, während sich der Lehrstuhl von Prof. Dinkel praktisch vollständig auf die Demographie-Ausbildung konzentriert.

Im Magister-Hauptfach studierten im WiSe 1999/2000 insgesamt 321 Personen, im Magister-Nebenfach insgesamt 141 Personen. Die Zahl der Studierenden im Lehramt Sozialwissenschaften beschränkt sich aufgrund der erst kurzen Laufzeit (seit WiSe 1998/99) bisher auf 43. In dem gerade angelaufenen Studiengang Diplom-Demographie (seit WiSe 1999/2000) wird eine jährliche Zahl von Studienanfängern in Höhe von 30-40 erwartet, was für die Soziologie insofern von Belang ist, als sie mit 22 SWS am Demographie-Grundstudium beteiligt und auch in das Demographie-Hauptstudium involviert ist. Für die praktische Arbeit von großer Bedeutung ist ferner die mit rund 210 recht große Bestandszahl (WiSe 1999/2000) von Beifach-Studierenden (dies sind Studentinnen und Studenten, die ein Diplom in Erziehungswissenschaften anstreben). Die „Beifächler“ studieren – wahlweise in ihrem Grund- oder Hauptstudium, tatsächlich meist im Grundstudium – Soziologie obligatorisch mit 16 SWS über einen Zeitraum von vier Semestern.

# Ergebnisberichte der Institute



## **Ergebnisbericht des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen**

Die zentralen Ergebnisse der Evaluation lassen sich in zwei Gruppen bündeln. Zum einen sind drei substantielle Ergebnisse für die Weiterentwicklung des Faches Politikwissenschaft hervorzuheben.

- Der Forderung der Kommission, die überregional hoch anerkannten Forschungskompetenzen in der Bremer Politikwissenschaft müssen verstärkt in ein hochwertiges Lehrangebot, das die allerbesten Studierende anzieht, übersetzt werden, soll durch eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen entsprochen werden. Es geht hierbei v. a. um die Steigerung der Qualität und Transparenz der individuellen Lehrveranstaltung und der Studienberatung.
- Der Forderung der Kommission, die vorhandenen Forschungsschwerpunkte der Bremer Politikwissenschaft mit nationaler und internationaler Anerkennung müssen sich auch im Lehrangebot erkennbar wiederfinden, wird durch die avisierte Umgestaltung der Studienstruktur entsprochen. Es geht hierbei um Modularisierung und die Einführung gestufter Abschlüsse (B.A./M.A.) mit Anschluss an ein Promotionsstudium sowie mittelfristig eine entsprechende Anpassung des Lehramtsstudiums.
- Der Forderung der Kommission nach einer intensivierten Integration des Faches und Vermittlung einer politikwissenschaftlichen Identität, muss insbesondere durch räumliche Integrationsmaßnahmen entsprochen werden. Derzeit finden entsprechende Gespräche mit der Unileitung statt.

Daneben lassen sich einige Ergebnisse und Reflektionen zum Evaluationsverfahren und zu möglichen Wiederholungen festhalten.

- Grundsätzlich ist zunächst auf den enorm hohen Aufwand des Verfahrens hinzuweisen – für die Studiengänge und die Gutachter. Ein solcher Aufwand lässt sich nur rechtfertigen, wenn sich auch weitreichende Ergebnisse zeitigen bzw. es entsprechende Anreize für die Gutachter gibt.
- Entscheidend für eine in der Summe positive Bewertung des Verfahrens scheint v. a. der angestoßene Selbstverständigungsprozess in den Fächern zu sein. Dieses positive Ergebnis lässt sich freilich durch eine zeitnahe Wiederholung des Verfahrens nicht mehr ohne Weite-

## *Ergebnisbericht*

res replizieren. Der „Stachel des Neuen“ trug demnach wesentlich zum Erfolg bei.

- Für zukünftige Verfahren muss also die Bedeutung der Ergebnisse groß und von Anfang an transparent sein. Dazu gehört eine beidseitige Verpflichtung (Unileitung und Fach) die Empfehlungen der Gutachter, auch wenn sie unangenehm oder teuer sind, sehr, sehr ernst zu nehmen. Dazu gehört auch, dass im Vorfeld einer Evaluation keine wegweisenden Strukturentscheidungen getroffen werden dürfen. Weiterhin müsste die Evaluation eine ausreichend hohe Publizität haben.
- Daneben lassen sich nach wie vor lernorientierte Vergleiche vorstellen, deren materiellen Konsequenzen weicher sind und die daher weniger „strategisches“ Verhalten nahe legen. Derartige Verfahren müssten dann allerdings mit einem deutlich geringeren Aufwand durchgeführt werden.

# **Ergebnisbericht des Instituts für Soziologie der Universität Bremen**

## **1. Vorbemerkungen**

Die Evaluierung des Studiengangs Soziologie erfolgte inmitten der ersten Phase eines organisatorischen und inhaltlichen Neuanfangs des Faches. Am 29.11.1999 wurde durch Beschluss des Fachbereichsrats Sozialwissenschaften das Institut für Soziologie eingerichtet. Zum 11.2.2000 wurden die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur „Selbstbeschreibung“ benannt, doch erst im April 2000 konnte nach Wahlen und konstituierenden Sitzungen der Gremien das Institut für Soziologie seine Arbeit aufnehmen. Insofern spiegelt die umfangreiche „Selbstbeschreibung“ nicht nur die Vergangenheit und die Strukturen des Ist-Zustandes, sondern zugleich auch die ersten Schritte eines Neuanfangs wider. Die „Selbstbeschreibung“ wurde von Professoren, akademischen Mitarbeitern und Studierenden mit großem Engagement gemeinsam erarbeitet und mit den Ergebnissen einer ergänzenden Studierendenbefragung auch empirisch angereichert. Sie war in dieser Umbruchphase selbst ein Instrument der Reflexion über Schwächen und Stärken, das unmittelbar im Institut zu Beschlüssen und Neuerungen führte. Durch die Abstimmungsprozesse in und zwischen den Statusgruppen hat die gemeinsame Kommunikation deutlich zugenommen und zu einem Grundkonsens über die wichtigsten Probleme in der Lehre geführt. Als die „Selbstbeschreibung“ im Oktober 2000 abgeschlossen wurde, begann sich die Arbeit der neuen Gremien gerade zu etablieren und erste sichtbare Veränderungen konnten durchgesetzt werden. Das Nebeneinander von alten und neuen Strukturen machte es der begutachtenden Kommission bei ihrer Begehung am 11./12. Dezember 2000 sicherlich nicht leicht, die Situation und die Perspektiven des Faches einzuschätzen. Die Gutachter haben sich in ihrem Bericht über den laufenden Änderungsprozess dezidiert positiv geäußert und einhellig befunden, „dass sich die Soziologie in der Universität Bremen eindeutig auf einem guten Weg befindet“

## **2. Wesentliche Ergebnisse und zwischenzeitige Maßnahmen des Instituts**

Aus der Sicht der Gutachter befindet sich die Soziologie in Bremen in „einer ambivalenten Gleichzeitigkeit von Reichtum und Armut“. Als positive Kapitalien wurden insbesondere die Forschungsaktivitäten genannt, die es in der Lehre erlauben, interessante Lehrangebote zu ma-

## *Ergebnisbericht*

chen und auf ein großes Potenzial von akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zurückzugreifen. Weiterhin wird auf die „ausgesprochen gute Methodenausbildung“ und dem hohen Stellenwert und das Ansehen der Soziologie in Bremen hingewiesen.

Die in der Selbstbeschreibung benannten und mit den Gutachtern bei der Begehung und der auswertenden Konferenz in Rissen diskutierten Schwachstellen lassen sich in 3 große Komplexe zusammenfassen. Das Institut für Soziologie teilt die meisten Kritikpunkte und hat umgehend begonnen, diese Schwachstellen zu beseitigen bzw. in die Zielvereinbarung aufzunehmen.

### **A. Organisationsmängel/Fachidentität**

Die Gutachter stellten in ihrem Bericht zurecht fest, dass sich - aus der Vorgeschichte begründet - noch keine verbindlichen Strukturen und Zuständigkeiten herausgebildet hatten. Bemängelt wurde insbesondere das Fehlen eines räumlichen Zentrums aufgrund der großen räumlichen Trennung der Standorte von Lehrenden und Forschungsinstituten. Die Funktion des Instituts schien zum Zeitpunkt der Begehung noch nicht gefestigt. Insgesamt hielten die Gutachter eine Stärkung der „Identität des Fachs“, eine Stärkung der „Mitte des Fachs“ für erforderlich. Hierzu sollte die Kommunikation innerhalb und zwischen den Statusgruppen verbessert werden. Auch wurden verbindliche Mindeststandards der Lehrenden bei Leistungsnachweisen und Prüfungen und eine eindeutige Klärung der Prüfungsberechtigung eingefordert.

Institutsrat, Vorstand und Studienkommission des Instituts für Soziologie haben seit der Evaluation ihre Tätigkeiten aufeinander abgestimmt und arbeiten seither immer routinierter. Die festgestellten Mängel wurden unmittelbar beseitigt oder flossen als konkrete Aufgaben in die Zielvereinbarung des Fachs mit dem Fachbereich und dem Rektorat ein. Inzwischen wurde ein Institutssekretariat eingerichtet. Gemeinsam mit dem Diplomprüfungsausschuss wurden offene Fragen zur Prüfungsberechtigung geklärt und mit der Erarbeitung von Mindeststandards begonnen. Weitere Umsetzungsschritte sind in der Zielvereinbarung festgelegt.

### **B. Curriculum/Studienstrukturreform**

Noch vor der organisatorischen Neustrukturierung der Soziologie in Bremen wurde eine neue Diplomprüfungsordnung Ende April 1999 erlassen, der im Oktober 2000 eine Studienordnung folgte. Auch der fachspezifische Anhang zur Magisterprüfungsordnung für das Fach Soziolo-

gie wurde im Oktober 1999 genehmigt. Somit existierten bei der Evaluation die neuen Ordnungen erst seit kurzer Zeit, so dass nur wenige Erfahrungen vorlagen. Jedoch schon in diesem frühen Zeitraum wurden Mängel an den neuen Ordnungen deutlich, insbesondere ihre Kompliziertheit und missverständliche Formulierungen. Die Gutachter bemängelten vor allem, dass die neuen Studienschwerpunkte nur wenig Profil aufzeigen würden, sie seien zu wenig nachfrage- und lehrorientiert und nur ungenügend auf Tätigkeitsfelder bezogen. Das Projektstudium würde nicht ausreichend abgesichert. Das Pflichtpraktikum sei mit 6 Wochen zu kurz und zu wenig auf Berufsorientierung ausgerichtet. Ebenso fehle ein Programm für Schlüsselqualifikationen und es wurde eine stärkere pädagogische Ausbildung der Lehrenden eingefordert. Insgesamt sollte aus Sicht der Gutachter das Curriculum gestärkt und hierbei auch eine Kooperation mit dem Studiengang Politologie in der Methodenausbildung und EDV verankert werden.

Zur Stärkung des Curriculums wurden in der Zwischenzeit verantwortliche Koordinatoren für die Studienschwerpunktbereiche ernannt. Die DPO und die Studienordnung wurden von einigen Fehlern bereinigt. Die Bemühungen um eine curriculare Verbesserung und die Einführung von Lehrmodulen erhielten nach den grundsätzlichen Beschlüssen des Akademischen Senats zur Modularisierung und Einführung konsekutiver BA/MA-Abschlüsse an der Universität Bremen eine neue Stoßrichtung. Nachdem sich der Institutsrat im November 2001 für die Einführung gestufter Bachelor/Master-Studiengänge ausgesprochen hat, werden die konkreten Verbesserungsvorschläge nun in die neuen Studienabschlüsse aufgenommen. Ebenso haben sich zwischenzeitig die Institute für Soziologie und Politikwissenschaften auf die Eckpunkte einer gemeinsamen Methodenausbildung verständigt.

### **C. Studienberatung/Studienorientierung**

Organisatorische wie curriculare Mängel würden – so die Gutachter – bei den Studierenden zu Desorientierungen führen. Die Beratungs- und Informationsintensität sei zu gering. Neben den organisatorischen Maßnahmen, die schon im Teil A geschildert wurden, schlugen die Gutachter im Einzelnen vor, den Informationsgehalt des kommentierten Vorlesungsverzeichnisses zu verbessern und ein Soziologie-Geschäftszimmer zu schaffen.

Das Soziologie-Geschäftszimmer ist inzwischen eingerichtet worden, das kommentierte Vorlesungsverzeichnis konnte inzwischen deutlich

verbessert werden. Die Beratung und Betreuung der Studierenden hat sich schon verbessert und findet in der Zielvereinbarung besondere Beachtung.

### **3. Zielvereinbarung**

Nach eingehender Diskussion der Ergebnisse der Evaluation in den Gremien des Instituts unter Berücksichtigung der Vorschläge des Gutachterkommission und der Diskussionsergebnisse der auswertenden Konferenz in Rissen wurde vom Vorstand ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen und in die Kontraktverhandlungen mit dem Fachbereich Sozialwissenschaften und dem Rektorat der Universität Bremen eingebracht. Im Januar 2002 konnte die Zielvereinbarung abgeschlossen werden, in der alle konkreten Schritte bis zum Ende des Sommersemesters 2003 festgeschrieben wurden.

## **Ergebnisbericht des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Hamburg**

### **1. Zum Verfahren**

Bereits in dem Schreiben vom 20.12.1999, mit dem der Universitätspräsident dem Dekan des damaligen Fachbereiches Philosophie und Sozialwissenschaften mitteilte, dass im Verbund Norddeutscher Universitäten verabredet wurde, im Sommersemester 2002 mit der Evaluation von Fächern des Fachbereiches 05 zu beginnen, und ihn darum bat, die Angehörigen des Fachbereiches darauf einzustimmen, zeichneten sich Probleme ab, die den weiteren Gang der Evaluation und sogar deren Ergebnisse beeinflusst haben.

Zum einen war die Philosophie, ihrem veränderten Fachverständnis entsprechend, zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg in den Fachbereich Geschichtswissenschaft, wo sie aber erst im Wintersemester 2000/2001 auch organisatorisch ankam. Dies legte eine weitgehende Zurückhaltung der Fachbereichsebene und eine entsprechende autonome Durchführung der Evaluation durch das Philosophische Seminar nahe.

Auf der anderen Seite bedurfte es des Eingreifens des Fachbereichs, um für Politische Wissenschaft und Soziologie getrennte Evaluationen durchzusetzen. Der Verbund hatte – vermutlich auf Grund der Gegebenheiten an den anderen beteiligten Universitäten – eine gemeinsame Evaluation beider Fächer angekündigt. Im Übrigen sah sich der Fachbereichsrat am 12.01.2000 nur in der Lage, den Instituten für Politische Wissenschaft und Soziologie eine Zustimmung zur Evaluation zu empfehlen, die Aufnahme in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen des Fachbereichs mit der Universität aber unter Vorbehalt der Zustimmung der Institute zu stellen.

Aus dieser Konstellation ergab sich in der Folgezeit – unabhängig von den primären Zielen und Ergebnissen der Evaluation – die Chance, das Verhältnis von Fachbereichs- und Institutsebene neu zu regeln. Die durch das Ausscheiden der Philosophie gewachsene Homogenität des Fachbereichs (einschl. des neu hinzu gekommenen Instituts für Kriminologische Sozialforschung) bot dazu Ansätze. Dennoch wurde die Evaluation in alleiniger Verantwortung der Institute vorbereitet und durchgeführt.

Dazu war in beiden Instituten je eine Kommission gebildet und mit finanzieller Unterstützung der Universität je eine Mitarbeiterin eingestellt worden, die insbesondere für die Erstellung der Selbstbeschreibung zuständig waren. Während die Soziologie dafür auf eine frühere Assistentin zurückgreifen konnte, die das Institut sechs Jahre von innen kennen gelernt hatte, hatte die von außen gekommene Mitarbeiterin des IPW naturgemäß Schwierigkeiten, mehr zu tun als Materialien für die Selbstbeschreibung zu sammeln. Entsprechend zeitaufwändig war die Endredaktion durch die Kommissionsmitglieder, auch bestand nicht die Möglichkeit, von Seiten des Fachbereichs auf eventuelle Fehler oder Missverständnisse hinzuweisen.

Zur Vorbereitung der gutachterlichen Empfehlungen waren aber beide Selbstbeschreibungen offenbar ausreichend. Ohnehin scheinen die persönlichen Begegnungen mit den Institutsmitgliedern für die Gutachtenentwürfe vom 06.02.2001 bedeutsamer gewesen zu sein.

## **2. Institutsübergreifende Empfehlungen**

Soweit Fachbereich und Gesamtuniversität Gegenstand von gutachterlichen Empfehlungen waren, hat der Dekan dazu bereits am 19. Februar 2001 ausführlich Stellung genommen. Deshalb sind zum aktuellen Stand nur einige Ergänzungen erforderlich.

a) Die von den Gutachtern besonders positiv bewerteten Einrichtungen, Studierendenzentrum und Praktikumsbüro, werden mit den entsprechenden Stellenanteilen und Sachmitteln weitergeführt.

b) Der Fachbereichsrat hat am 26. Februar 2002 eine Straffung der Selbstverwaltung beschlossen, die neben den durch die Prüfungsordnungen vorgegebenen Ausschüssen nur noch vier „Hauptausschüsse“ kennt (für Ressourcen, für Forschung, für Lehre sowie für Bibliothek und EDV). Die neue Struktur ist bei der Neubesetzung der Gremien im April 2002 umgesetzt worden und hat bisher reibungslos funktioniert. Die ursprüngliche Absicht, bei dieser Gelegenheit die Auflösung der Institutsräte zu beantragen, wurde zurückgestellt, weil durch die Änderung des HmbHG im Juli 2001 die gesamte Binnenstruktur der Universität zur Disposition gestellt worden ist.

c) Der Fachbereichsrat hat am 11.07.2001 das Konzept einer neuen Methodenausbildung und dessen Einarbeitung in alle Hauptfachstudiengänge für Politische Wissenschaft und Soziologie beschlossen. Die erforderlichen Änderungen der beiden Diplom-Prüfungsordnungen und der

Magisterprüfungsordnung wurden inzwischen erarbeitet und der Universität zur Genehmigung vorgelegt. Für die auch von den Gutachtern nicht erwähnte Problematik der Integration der Lehrerbildung (Unterrichtsfach Sozialwissenschaften?, Kerncurriculum?) droht die Gefahr, dass auf unterschiedlichen Ebenen unvereinbare Lösungsmodelle entwickelt werden.

d) Der Diskussionsprozess über Konzepte für BA/MA-Studiengänge hat bisher nur zu einem Konsens über eine dreigliedrige Grundstruktur (dreisemestrige sozialwissenschaftliche Einführungsphase, weitere drei Semester Schwerpunktstudium – z.B. „Europa“ oder „Medien“ –, BA-Abschluss und die Möglichkeit in weiteren zwei Semestern durch politische, soziologische oder sozial- und wirtschaftshistorische Vertiefung zum MA-Abschluss zu kommen) geführt. Um dieses Ergebnis zu erreichen, musste allerdings die anlässlich der Einführung des Hauptfachstudiengangs Journalistik vorgenommene Anpassung der Magisterprüfung an das „Hamburger“ BA-Konzept zurückgezogen werden, so dass Abschlüsse in diesem Studiengang nur im Fachbereich 07 möglich sind.

Bereits in diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass der Fachbereichsrat wegen des engen zeitlichen Zusammenhangs zwischen den gutachterlichen Empfehlungen für die beiden evaluierten Fächer und der Wiederzuweisung vakanter Professuren einer Anregung des Universitätspräsidenten zugestimmt hatte, eine „große“ Lösung anzustreben. Zu diesem Zweck wurde am 11.07.2001 eine „Studienstrukturkommission“ eingesetzt, die mit prominenter auswärtiger Unterstützung in zwei ganztägigen Sitzungen ein Paket von organisatorischen und inhaltlichen Empfehlungen erarbeitete, die der Fachbereichsrat am 11.07.2001 zur Grundlage weitreichender Beschlüsse machte. Gegenstand waren dabei die oben dargestellten Themenfelder, aber auch ein gemeinsamer Ausschreibungstext für vier C4-Professuren und die Gründung eines „Zentrums für Globalisierung und Gouvernance“. Das Berufungsverfahren ist so geplant, dass Ende Oktober/Anfang November 2002 die Anhörungen der in die engere Wahl gelangten Bewerberinnen und Bewerber stattfinden werden und der Fachbereichsrat noch im WS 2002/2003 Berufungsvorschläge verabschieden kann. Bereits im November 2002 wird dem Fachbereichsrat der von einem Gründungsdirektorium erarbeitete Satzungsentwurf für das Zentrum zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

### **3. Fachbezogene Empfehlungen**

Während die gutachterlichen Empfehlungen für die Politikwissenschaft im Wesentlichen eine Ermunterung für die von vielen Institutsmitgliedern ohnehin gewollte Umstrukturierung der Studiengänge waren, verstärkten sie für die Soziologie die jahrelang auch überregional geführte Diskussion über die fachliche Strukturierung. Dabei wurden die schon früher bestehenden Unklarheiten über essenzielle Bestandteile des Soziologiestudiums, über Formen der Schwerpunktbildung und deren Verhältnis zum Gesamtfach durch die Reduzierung der Zahl der Professoren verschärft.

Nicht zuletzt um diese Diskussion ohne größere Schäden für die künftige Kooperation im Institut für Soziologie zu den für die Wiederzuweisung und Ausschreibung von drei vakanten C4-Professuren notwendigen Entscheidungen zu führen, wurde die bereits erwähnte „große“ Lösung unter Hinzuziehung auswärtiger Berater beschlossen. Im Ergebnis werden in dem Ausschreibungstext für die drei Professuren keine Schwerpunkte genannt und nur die von den Gutachtern angemahnte Sicherstellung des Lehrgebiets „Sozialstrukturanalyse“ und der für die gemeinsame Methodenausbildung erforderliche Einsatz einer zweiten Person unter dem Begriff „Methoden der empirischen Sozialforschung“ festgeschrieben.

Die Umstrukturierung der politikwissenschaftlichen Studiengänge wurde durch Beschluss des Fachbereichsrates über die Neufassung der Diplomprüfungsordnung und die Änderung der fachspezifischen Anlage der Masterprüfungsordnung am 10.07.2002 abgeschlossen und zur Vorbereitung der Genehmigung durch das Universitätspräsidium an die Zentralverwaltung weitergeleitet. Sie umfasst folgende Elemente:

- Das ordnungsgemäße Grundstudium wird zum weit überwiegenden Teil als verbindliche Abfolge bestimmter Lehrveranstaltungen definiert, die die gesamte Breite des Faches umfassen und auch die Methodenausbildung obligatorisch einbeziehen.
- Die bisher gleitende Zwischenprüfung wird um eine punktuelle Prüfung ergänzt.
- Auch im Hauptstudium wird der Methodenbereich obligatorisch, darüber hinaus für den Diplomstudiengang die fachliche Breite und ein zweisemestriges Projektstudium.
- An die Stelle der Klausuren im Rahmen der Abschlussprüfung treten studienbegleitende Leistungen im Rahmen von Hauptseminaren.

## **Ergebnisbericht des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Rostock**

Dieser Ergebnisbericht folgt der Evaluation von Studium und Lehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock und der Vereinbarung mit den Fakultäts- und Universitätsleitungen über Ziele und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre im Fach Politikwissenschaft. Sowohl der Evaluationsbericht als auch die Vereinbarung wurden am Institut ausführlich diskutiert. Die Mitarbeiter/innen haben mit Engagement versucht, die benannten Punkte umzusetzen und das Angebot des Instituts weiter zu verbessern. Dennoch hat sich seit der Zielvereinbarung das Betreuungsverhältnis Lehrende und Lernende im Institut weiterhin verschlechtert. Ein NC musste im Wintersemester 2002/2003 erneut eingeführt werden, um die Zahl der Studierenden zu begrenzen. Dessen ungeachtet wurde das Rostocker Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften kürzlich von der Zeitschrift „Stern“ und dem CHE Centrum für Hochschulentwicklung in einem Hochschulranking als eines der besten Institute dieser Art in der Bundesrepublik bezeichnet.

### **1. Personalausstattung**

Während und nach der Evaluation wurde mehrfach auf die Tatsache hingewiesen, dass die für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern so wichtige Ausbildung von Sozialkundelehrern im Bereich der Didaktik mangels einer entsprechenden Professur nicht gesichert werden kann. Im Lehrangebot klafft außerdem eine manifeste Lücke: Der vorgesehene Teilstudiengang Verwaltungswissenschaften konnte bisher nicht, wie schon vor Jahren geplant, eingerichtet werden. Darüber hinaus werden die drei Lehrstühle bzw. die insgesamt acht Lehrenden des Instituts, wie schon erwähnt, weiterhin mit einer rasch zunehmenden Zahl von Studierenden konfrontiert. Trotz der „ungewöhnlich schwierigen Bedingungen“ (Kommissionsbericht S. 27) mit denen das Institut konfrontiert ist, hat die Evaluation des Instituts jedoch bisher nicht zu den notwendigen Verbesserungen in der personalen Ausstattung des Instituts geführt.

Zu den wichtigsten Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre im Fach Politikwissenschaft gehören die Einrichtung einer C3-Professur für Verwaltungswissenschaften, einer C3-Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften und die Ausstattung des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte mit einer As-

## *Ergebnisbericht*

sistentenstelle, da dieser für die Lehre entscheidende Lehrstuhl als einziger Lehrstuhl an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock bisher über keine Assistenten verfügt. Ein Gespräch mit dem damaligen Rektor zu diesen gravierenden Mängeln wurde geführt, ohne dass dabei eine Entscheidung getroffen wurde. Die Vorstellungen des Instituts sollten vielmehr nach einem Zeitraum von sechs Monaten erneut diskutiert werden. Da zu diesem Zeitpunkt eine neue Universitätsleitung im Amt sein würde, bedeutete dies nichts anderes als die Verschiebung dieses Problems auf die neue Leitung. Ob das vorgesehene Gespräch zu konkreten Ergebnissen führen wird, bleibt abzuwarten.

Bei dem Gespräch mit den Universitäts- und Fakultätsleitungen hat die Institutsleitung erneut den erhöhten Bedarf des Instituts an Haushaltsmitteln für die Durchführung von Tutorien und für die Vergabe von Lehraufträgen geltend gemacht. Insbesondere in den Einführungskursen des Grundstudiums besteht angesichts der hohen Studienanfängerzahlen ein erheblicher Bedarf an begleitenden Tutorien. Gegenwärtig wird den drei Lehrstühlen gerade soviel an Finanzmitteln zugewiesen, dass pro Semester ein einziger Lehrauftrag für das ganze Institut finanziert werden kann. Dieser ist für das Thema Sozialkunde „reserviert“. Unter diesen Bedingungen ist, bei der ungenügenden Ausstattung des Instituts und steigender Studierendenzahlen nicht einmal eine minimale Erweiterung des Lehrangebots auf so wichtige Themenbereiche wie politischer Extremismus, Entwicklungszusammenarbeit etc. möglich.

Auch die Verteilung der Mittel für studentische Hilfskräfte in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät wurde damals angesprochen. Die Zuweisung von entsprechenden Mitteln soll außerhalb der Normalverteilung der Mittel auf die Lehrstühle der Fakultät bedacht werden. Auch hier haben wir es mit einer Soll-Bestimmung zu tun. Obwohl im WS 2002/2003 die Mittel für studentische Hilfskräfte leicht erhöht wurden und einige Tutorenstunden eingerichtet werden konnten, sind wir von einem zufrieden stellenden Zustand in diesem Bereich noch weit entfernt. Die Fakultäts- und Universitätsleitungen sahen dagegen keine Möglichkeit, die Mittel für Lehraufträge zu erhöhen, so dass hier die Defizite weiter bestehen. In der Fakultät soll geprüft werden, ob dem Institut „in geringerem Umfang“ zusätzliche Mittel für Lehraufträge zugewiesen werden können. Da dies schon in der Vergangenheit immer wieder so angekündigt wurde, kann man davon ausgehen, dass auch hier keine echte Lösung des Problems beabsichtigt ist.

## **2. Organisation der Lehre**

Schon zum Wintersemester 2001/2002 wurde am Institut ein integrierter B.A./M.A.-Studiengang eingeführt. Es ist damit zu einer Modularisierung und Doppelstufigkeit des Ausbildungsganges gekommen. Im Sommersemester 2003 werden erste Forschungsseminare angeboten. Sie sollen den Studierenden die Möglichkeit geben, sich in den Forschungsschwerpunkten des Institutes stärker zu engagieren. Damit wird auch das fachliche Profil des Institutes deutlicher und es werden verstärkt Schwerpunkte in der Lehre gesetzt. Studierende werden dadurch besser auf eine eventuelle wissenschaftliche Karriere vorbereitet. Da diese Maßnahmen schon vor der Evaluation geplant wurden, können sie nicht als unmittelbares Ergebnis dieses Verfahrens betrachtet werden.

Dagegen wurde im Institut aufgrund der Evaluation das Angebot an Studienexkursionen, die Zusammenarbeit mit den Parteistiftungen und die Vortragstätigkeit von Politikern noch stärker gefördert als es schon in der Vergangenheit der Fall war. Für Studierende offene Tagungen und Kolloquien zu diversen Themen wurden und werden in der Zukunft öfter organisiert.

Das 1999 in Kooperation mit der Soziologie und der Religionswissenschaft veranstaltete Forschungskolloquium „Kollektive Identität“ bietet den Studierenden einen wichtigen Ort der Reflexion, der Forschung und der Diskussion über aktuelle Themen, die auch Forschungsschwerpunkte der Lehrenden sind (Konstruktion kollektiver Identität, Diaspora, Fundamentalismus usw.).

Intensiver als früher werden die Themen Osteuropa und Ostseeraum in die Lehre und die Publikationen einbezogen. Über die Berufschancen der Politikwissenschaftler wird weiterhin informiert. Damit wird eine bessere Vorbereitung der Studierenden auf einen praktischen Beruf angestrebt.

## **3. Vermittlung der Lehre**

Wie bereits erwähnt, konnten schon jetzt bei einigen wenigen Lehrveranstaltungen Tutorien eingerichtet werden. Angesichts der engen finanziellen Ausstattung des Institutes wird nach neuen Wegen der Durchführung von Tutorien gesucht, so z. B. durch die Verteilung von Scheinen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Haushaltsmittel in diesem Bereich bleibt davon unberührt.

## *Ergebnisbericht*

Im Rahmen von Tagungen, in den Lehrveranstaltungen und im Rahmen des „Colloquium Politicum“ wurden und werden verstärkt Wissenschaftler, Politiker und Fachleute zum Vortrag oder zur Diskussion eingeladen.

Die Institutssitzungen sind „demokratisiert“ worden. Seit dem Sommersemester 2001 ist die Fachschaft der Politikwissenschaft in der Mitarbeiterversammlung des Instituts vertreten. Im Rahmen dieser Zusammenkünfte werden die für das nächste Semester geplanten Lehrveranstaltungen mit den Fachschaftsvertretern besprochen.

Wie schon in der Vergangenheit wird das Institut in Zukunft weiter versuchen, u. a. bei den Parteistiftungen und durch Nachlässe von Akademikern Bücher für die Fachbibliothek einzuwerben.

Im Rahmen der neuen B.A./M.A.-Studienordnung wird den Studierenden die Möglichkeit des Erwerbs von Teilnahmescheinen in einer Reihe neuer Fächer eingeräumt. Dies gilt insbesondere für die Soziologie, die Volkswirtschaftslehre und die Rechtswissenschaften. Dadurch wird die Interdisziplinarität des Studienganges erhöht. Der erste Absolvent an der Universität Rostock hat Anfang Oktober 2002 seinen Abschluss am IPV gemacht; die Magisterarbeit wurde in englischer Sprache am Lehrstuhl für Internationale Politik eingereicht.

Weiterhin machen Assistenten und Professoren von den Angeboten der „Tage der Lehre“ Gebrauch.

### **4. Internationalisierung der Lehre**

Die bereits bestehenden Kooperationen mit Partneruniversitäten im Ausland wurden stärker ausgebaut. Neue Sokrates-Abkommen wurden mit Universitäten aus den skandinavischen Ländern bereits abgeschlossen.

Das Vorlesungsverzeichnis des Instituts kann schon seit 1998 im Internet abgerufen werden. Es wird jetzt an einer Darstellung des Instituts in Form eines ECTS-Information-Packages gearbeitet.

Vermehrt werden englisch-, französisch- und spanischsprachige Forschungskonferenzen durchgeführt. Die Studierenden werden verstärkt an ihre Vorbereitung und Durchführung assoziiert.

Mit Hilfe von Parteistiftungen und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit werden vermehrt Auslandspraktika in Dritte-Welt-Ländern organisiert.

Das Institut hat einen Informationstext entwickelt, der genaue Anweisungen für ein Studium an den französischen Instituts d'Etudes Politiques enthält. Insbesondere werden die Bedingungen spezifiziert, unter denen die Studierenden das „Certificat d'Etudes Politiques“ erwerben können.

## **5. Darstellung der Lehre**

Die Internetseite des Instituts wurde modernisiert und bietet den Studierenden zahlreiche wichtige Informationen zu Studium, Lehrbetrieb und Lehrangebot. Außerdem sind hier detaillierte Literaturlisten zu zahlreichen wichtigen Themen der Politikwissenschaft zu finden.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Instituts und im Zusammenhang mit der Ehrenpromotion für Prof. Dr. Dieter Schröder wurde ein Kolloquium zur Geschichte und Lehre des IPV durchgeführt. Absolventen des Instituts berichteten dabei über ihr Studium der Politikwissenschaft an der Universität Rostock. Die dort gehaltenen Vorträge und eine Liste aller Absolventen stehen bereits im Netz, eine zusammenfassende Publikation wird im Herbst erscheinen.

## **Schlussbemerkung**

Die meisten bei der Evaluation einmal mehr sichtbar gewordenen notwendigen Maßnahmen für eine Verbesserung des Studiums und der Lehre wurden noch nicht umgesetzt, wenn sie mit finanziellen Ausgaben verbunden sind. Andere Maßnahmen wurden schon vor und unabhängig von der Evaluation von den Institutsmitarbeitern geplant und durchgeführt. Es stellt sich also die Frage nach der Relevanz eines so kostspieligen Verfahrens, das außerdem viel Zeit gekostet hat, die man wahrscheinlich besser in die Forschung oder in die Vorbereitung von Lehrveranstaltungen hätte investieren können.

Nichtsdestotrotz hat die Evaluation den Vorteil gehabt, erneut auf die gravierenden Mängel in der Ausstattung des Instituts aufmerksam zu machen. Ob dies allerdings zu konkreten Verbesserungen führen wird, bleibt abzuwarten. Wichtig ist auch, dass die Evaluation einen diskursiven Prozess in Gang gesetzt hat, der einzelne Mängel sichtbar gemacht und zu Korrekturen geführt hat.



## **Ergebnisbericht des Instituts für Soziologie der Universität Rostock**

Mit der Zielvereinbarung verständigten sich das Institut für Soziologie und Demographie, die Leitung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und die Leitung der Universität Rostock auf Ziele und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung von Studium und Lehre im Fach Soziologie. Zu den einzelnen Teilen der Zielvereinbarung sind bislang folgende Maßnahmen bzw. Ergebnisse zu berichten:

### **1. Aufbau einer institutionellen Struktur des Instituts**

Das Institut für Soziologie und Demographie hat im Sommersemester 2001 eine Institutsordnung erarbeitet, die im Juli 2001 durch den Fakultätsrat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in Kraft gesetzt wurde. Im Juli 2001 wurde auf der Grundlage dieser Institutsordnung ein Institutsrat gewählt, der umgehend seine Tätigkeit aufgenommen hat und seither in regelmäßigen Abständen tagt.

### **2. Sicherung und Ausbau der Lehre**

Mit Beginn des Wintersemesters 2001/2002 konnte Soziologie als Erst- und Zweitfach in dem durch die Philosophische Fakultät eingerichteten, „integrierten“ Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang studiert werden. Dieser Studiengang hatte allerdings nur für ein Studienjahr Bestand. Das Institut für Soziologie und Demographie war gezwungen, ab dem Wintersemester 2002/2003 erneut das Studienprogramm den Vorgaben der Philosophischen Fakultät folgend zu ändern, da sich das integrierte Konzept als nicht zertifizierungsfähig erwies. Zurzeit kann nur ein im Vergleich zum ersten deutlich modifizierter Studiengang mit dem Abschluss Bakkalaureus Artium angeboten werden; das Magister-Artium-Studium befindet sich in der Neukonzeptionsphase. Diese Situation ist für das Fach Soziologie mit großen Nachteilen verbunden.

Inhaltlich sind in den neuen Studiengang eine Reihe von Empfehlungen der Gutachter berücksichtigt worden. Die anvisierten Veränderungen in der Statistikausbildung sind bisher nicht realisiert worden.

### **3. Verbesserung der Betreuung und Beratung der Studierenden**

Mit der Einführung des reformierten Faches Soziologie im Bakkalaureus-Magister-Artium-Studiengang ist eine verbindliche Beratung als Voraus-

setzung zur Zulassung zur Bakkalaureus-Artium-Prüfung eingeführt worden. Lehrevaluationen wurden bisher für die einzelnen Lehrveranstaltungen vorgenommen und von den Lehrenden selbst oder von der Fachschaft durchgeführt.

#### **4. Beteiligung an der Struktur- und Entwicklungsplanung**

Das Institut für Soziologie und Demographie beteiligt sich aktiv an der laufenden Struktur- und Entwicklungsdiskussion der Universität Rostock. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Aus der Sicht des Instituts zeichnet sich eine zufrieden stellende Lösung der Fakultätseinbettung des Instituts und – damit zusammenhängend – eine weitere inhaltliche Profilierung des Studienangebots ab.

Es ist vorgesehen, das Lehrangebot in Soziologie im Rahmen eines Diplomstudienganges in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät zu verlagern und in den von der Philosophischen Fakultät verwalteten BA/MA-Studiengängen Soziologie nur noch als Nebenfach bzw. Zweitfach anzubieten.

Im Zusammenhang damit wird die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Studienangebots in Soziologie angestrebt. Erst in einem frühen Diskussionsstadium ist das Ziel, ein abgestimmtes interdisziplinäres Studienangebot in einer reformierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu erarbeiten, an dem neben der Soziologie auch die Politikwissenschaft, die Volkswirtschaftslehre und die Demographie beteiligt sein sollen. Sie könnten zu einer Verstärkung der Profilbildung der Soziologieausbildung an der Universität Rostock beitragen. Die Kooperation innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät sollte in gemeinsam angebotene Aufbaustudiengänge (Master, Promotion) münden, in die auch das Max-Planck-Institut für demografische Forschung einbezogen werden sollte.

#### **5. Verbesserung der Personalsituation**

Für eine erfolgreiche Lehre ist die derzeitige Ausstattung mit wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal inklusive der Unterstützung durch die Kooperationsvereinbarungen ausreichend, aber auch unverzichtbar. Diese Ausstattung gilt trotz der massiven Sparzwänge weiterhin als gesichert. Zu den darüber hinausgehenden Überlegungen in den Zielvereinbarungen sind aber keine konkreten Aussagen über die Realisierungschancen zu machen.

An der dem Institut von den Gutachtern bescheinigten Unterversorgung an studentischen Hilfskräften und Tutoren hat sich nur wenig geändert. Immerhin sind für die Einführungskurse (Einführung in die Soziologie, Geschichte der Soziologie, Sozialstrukturanalyse) geringfügige Mittel zur Unterstützung des Übungsbetriebs zur Verfügung gestellt worden, die allerdings von Semester zu Semester neu beantragt werden müssen. Diese Mittel müssen vollständig aus dem vorhandenen Etat der Fakultät gedeckt werden.

#### **4. Sicherung des Lehramtsstudienganges Sozialwissenschaften**

Zur Sicherung des Faches Sozialwissenschaften in der Lehramtsausbildung sind keine entscheidenden Schritte unternommen worden. Im Zuge der Strukturplanung der Fakultät soll dieses Problem aber einer Lösung zugeführt werden.

#### **5. Schlussbemerkung**

Insgesamt hat sich die Situation der Soziologie an der Universität Rostock in der Zeit nach Abschluss der Zielvereinbarung nicht nennenswert im Sinne der anvisierten Ziele verbessert. Wenn man die „neue Unübersichtlichkeit“ im Bereich der Lehre in Betracht zieht, dürfte sie sich sogar verschlechtert haben. Daher ist es unbedingt geboten, so schnell wie möglich einen eigenständigen Studiengang innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zu etablieren, die Kooperation mit den anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen inkl. der VWL zu stärken und die inhaltliche Profilbildung voranzutreiben. Die institutionellen Voraussetzungen sind dafür trotz oder auch auf Grund der notwendigen Strukturreformen in Fakultät und Universität nicht ungünstig.



# Zielvereinbarungen

*Zielvereinbarung*

**Zielvereinbarung**  
zwischen  
dem Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften und dem Rektorat der  
Universität Bremen  
sowie  
dem Fach Politikwissenschaft  
über die Umsetzung der Evaluationsergebnisse des Evaluationsverfahrens  
2000/2001  
(Teil A)

Die folgenden Ausführungen enthalten die zwischen den Beteiligten verbindlich verabredeten Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre und des Studiums sowie zur Reform der Studienstruktur im Anschluß an das im Sommersemester 2000 und Wintersemester 2000/2001 durchgeführte Evaluationsverfahren im Norddeutschen Verbund. Der Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften verabredet in einem Teil B weitere, nicht unmittelbar aus dem Evaluationsverfahren resultierende Ziele, Aktivitäten und Maßnahmen.

**I. Ziele**

Das Institut für Politikwissenschaften (IfP) beteiligte sich im Wintersemester 2000/2001 im Verbund Norddeutscher Universitäten an der Evaluation von Studium und Lehre. Auf den Erkenntnissen und Empfehlungen, die während dieser Evaluation gewonnen wurden (vgl. Gutachterlicher Bericht vom März 2001) beruht diese Vereinbarung. Sie verfolgt vorrangig folgende Ziele:

- Umgestaltung der Studienstruktur durch Modularisierung und Einführung gestufter Abschlüsse (B.A./M.A.) mit Anschluß an ein Promotionsstudium, sowie mittelfristig eine entsprechende Anpassung des Lehramtsstudiums
- Integration des Faches und Vermittlung einer politikwissenschaftlichen Identität,
- Qualität und Transparenz der Lehre,
- Ausschöpfung von Synergien in der Methodenausbildung.

Bei den in Abschnitt II genannten Aktivitäten und Maßnahmen ist die Richtlinie zur Realisierung der Gleichstellung von Frauen im wissenschaftlichen Bereich des Fachbereichs 8 zu beachten. Bei der Umsetzung wird daher in jedem Einzelfall geprüft, inwieweit die Aktivität bzw. Maßnahme zur Realisierung der Ziele der Richtlinie beiträgt

Die Studienstrukturreform verfolgt auch das Ziel, die Motivation der Studierenden für einen Studienabschluss innerhalb der Regelstudienzeit zu erhöhen und ein dahinführendes zügiges Studium zu ermöglichen

**II. Aktivitäten und Maßnahmen**

Die Beteiligten werden zum Ende des Sommersemesters 2003 eine Bilanz der verabredeten Maßnahmen ziehen und auf dieser Basis die Zielvereinbarung fortschreiben.

**1. Lehre und Studium**

Im Mittelpunkt der Veränderungen in Lehre und Studium steht der Entscheidungsprozeß zur Studienstrukturreform (Curricularisierung und Modularisierung, Einführung gestufter Studiengänge, Internationalisierung).

**1.1 Studienstrukturreform**

- a) Der Institutsrat hat die Einführung gestufter Studienabschlüsse (Bachelor, Master) grundsätzlich beschlossen. Er wird im Laufe des Jahres 2002 weitere Entscheidungen zur Umsetzung dieses Beschlusses fassen.  
Verantwortlich: Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft.

- b) Entsprechend dieser Grundsatzentscheidung erfolgt die Entwicklung von Modulen und Curricula spätestens bis zum Ende des Jahres 2002. Dabei werden die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen (auch fachübergreifend) und die internationale Anschlussfähigkeit bei der neuen Studienstruktur berücksichtigt. Die Möglichkeit eines reibungslosen Übergangs in die Graduate School of Social Sciences (GSSS) wird dabei planerisch berücksichtigt. Es wird mindestens ein internationales Studienprogramm (M.A.) entwickelt.  
**Verantwortlich:** Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft (IfP) und Studienkommission Politikwissenschaft

**Dem Fach Politikwissenschaft werden hierfür auf Antrag vom Rektorat Mittel für die Beschäftigung einer studentischen Hilfskraft zur Unterstützung der Planung in Höhe von bis zu 1.800 Euro zur Verfügung gestellt.**

## 1.2 Verbesserung der Lehre, der Lehrorganisation und des Prüfungswesens (einschließlich neuer Medien in der Lehre)

- a) Die Lehrenden werden vom Institut aufgefordert, die Angebote an hochschuldidaktischer Fortbildung, einschließlich der vom ZMML organisierten Angebote zur mediendidaktischen Fortbildung sukzessive zu nutzen. Das Fach erhält Unterstützung beim Aufbau mediendidaktischer Qualifikationen.  
**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

**Rektorat und Dekanat unterstützen die Intention des Instituts mit ihrer Unterschrift unter ein entsprechendes Rundschreiben.**

- b) Bis Ende 2002 werden Standards für Prüfungen und Leistungsnachweise entwickelt, im Institutsrat beschlossen und in einem Merkblatt veröffentlicht.  
**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.
- c) Das Institut für Politikwissenschaften entwickelt ein Konzept für eine orientierungsverschaffende Eingangsphase und setzt es mit Beginn der neuen Studiengänge sukzessive um.  
**Verantwortlich:** Vorsitzender der Studienkommission.
- d) Ab dem Wintersemester 2001/2002 wird der Probelauf eines zunächst primär intern zu nutzenden Systems der generellen und vergleichenden Evaluation von Lehrveranstaltungen stattfinden. Die Ergebnisse der Erprobung werden im Institutsrat und der Studienkommission im Wintersemester 2002/2003 vorgestellt.  
**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

## 1.3 Studienberatung und Studieninformation

- a) Das kommentierte Veranstaltungsverzeichnis oder die Broschüre zur Prüfungs- und Studienordnung werden mit Beginn der neuen Studiengänge in Richtung eines Studienführers weiterentwickelt.  
**Verantwortlich:** Vorsitzender der Studienkommission.

**Die Druckkosten hierfür übernimmt der Fachbereich.**

- b) Es wird ein Beratungs- und Betreuungskonzept, abgestellt auf ein modularisiertes Studium, entwickelt und mit Beginn der neuen Studiengänge sukzessive umgesetzt.  
**Verantwortlich:** Direktorium des IfP in Absprache mit der Studienkommission.

- c) Das Institut für Politikwissenschaften lädt zur **obligatorischen Studienberatung** bei **Überschreiten der Regelstudienzeit** ein (§ 5 Abs. 6 DPO Politikwissenschaft) und dokumentiert zum Wintersemester 2002/2003 die Ergebnisse.  
**Verantwortlich:** Vorsitzende des Diplomprüfungsausschusses.
- d) Für den **Schülerinformationstag** und **generell für die Information** von Studieninteressenten wird mit **Beginn der neuen Studiengänge** ein Informationskonzept erarbeitet, das **neben einer allgemein-einführenden Veranstaltung** zu Studieninhalten, Studienorganisation und zu politikwissenschaftlichen Berufsfeldern das exemplarische Kennenlernen je einer Lehrveranstaltung in **mindestens drei Hauptgebieten des Politikstudiums** umfaßt. Beginn: Januar 2003.  
**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

#### 1.4 Praxisbezug von Lehre und Studium

- a) Die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug kümmert sich in Zusammenarbeit mit dem **Diplomprüfungsausschuß Politikwissenschaft** um die Belange der Ehemaligen. Beginn: 2002.  
**Verantwortlich:** Die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug mit Beteiligung des Diplomprüfungsausschusses Politikwissenschaft.
- b) Die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft im Sommer 2002 eine **Telefonbefragung** von Absolventinnen und Absolventen der Abschlußjahrgänge 1995 bis 2001 durchführen.  
**Verantwortlich:** Die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug mit Beteiligung des Instituts für Politikwissenschaft.

**Das Rektorat unterstützt das Vorhaben mit Mitteln für studentische Hilfskräfte im Umfang von bis zu 200 Stunden für die Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug.**

- c) Das Institut für Politikwissenschaft wird sich verstärkt um die Kontaktaufnahme zu **berufstätigen Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern** bemühen, um sie u.a. in **geeigneten Fällen** in die Lehre einzubeziehen. Zugleich werden die Vorbereitung auf das Praktikum und die Einbindung der Praktikumerfahrungen der Studierenden in das Studium verbessert. Beginn: **ab Sommersemester 2002**.  
**Verantwortlich:** Institutsdirektorium in Zusammenarbeit mit der Studienkommission und dem Praktikumsbeauftragten.

#### 1.5 Kooperationen in Lehre und Studium

Es wird angestrebt, die Methoden- und Statistikausbildung der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie im Rahmen der Studienstrukturreform zusammenzuführen.

**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

**Das Rektorat wird sich dafür einsetzen, daß die damit verbundenen Ausstattungsfragen des Fachgebiets Methoden im Sinne der Option in der Berufsvereinbarung von Prof. Engel im Rahmen der Gesamtausstattung des Fachbereichs gelöst werden.**

## 2. Weiterbildung

Direktorium und Institutsrat werden sich mit **Beginn der neuen Studiengänge BA/MA** mit der Frage befassen, wie im Rahmen der Studienstrukturreform ein **Weiterbildungsangebot** des Faches konzeptionell ggf. auch in Kooperation mit dem ZWB gestaltet werden kann. Davon unbenommen ist die derzeitige Beteiligung des Faches an der Sommeruniversität.

**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

## 3. Internationale Dimension

### 3.1 Sokrates-Programme

Die Sokrates-Beauftragte wird im Sommersemester 2002 die Erfahrungen mit den bestehenden Kooperationsvereinbarungen im Rahmen des Sokrates-Programms unter strategischen Gesichtspunkten diskutieren.

**Verantwortlich:** Sokrates-Beauftragte in Zusammenarbeit mit dem Sokrates-Büro des Fachbereichs und dem Direktorium des IfP.

### 3.2 Internationale Studienangebote

Die Institutionen des Faches werden bei der Studienstrukturreform die Attraktivität der Studienangebote für ausländische Studierende berücksichtigen. Außerdem werden sie mindestens ein international ausgerichtetes Studienprogramm entwickeln.

**Verantwortlich:** Direktorium des IfP und Studienkommission.

## 4. Fachidentität und Studienmotivation

a) Die Übernahme von Pflichten in der Selbstverwaltung insb. in der Lehreinheit wird bei der Zustimmung zu Forschungssemesteranträgen berücksichtigt. Diese Maßnahme wird Ende 2003 evaluiert.

**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

b) Das Institut für Politikwissenschaften wird beginnend im Sommersemester 2002 ein fachübergreifendes Colloquium mit ca. drei bis vier Terminen im Jahr einrichten. Dabei wird die Beteiligung von Kolleginnen bzw. Kollegen aus der IUB geprüft.

**Verantwortlich:** Direktorium des IfP.

## 5. Bau- und Raumplanung

Der Fachbereich 8 wird sein vorliegendes Raumkonzept (Stand: September 2000) unter Berücksichtigung der Zielvorstellungen

- weitgehende räumliche Zusammenführung des Lehrpersonals eines Instituts,
- Schaffung eines räumlichen Institutsmittelpunkts,
- Schaffung und Verbindung von Orten des Selbststudiums und der Kommunikation innerhalb und zwischen den Gruppen der Lehrenden und Studierenden

weiter entwickeln.

Vom Rektorat wird ein Gespräch zu diesem Thema im Sommersemester 2002 zugesagt, in dem insbesondere die folgenden Themen berücksichtigt werden:
---

### 5.1 Räume für Lehre und Studium

Angesichts der Bedeutung von Kenntnissen im Bereich EDV und der Statistik-ausbildung wird die Einrichtung eines zweiten CIP-Pools angestrebt.

Um multimediale Elemente in der Lehre einsetzen zu können, ist künftig eine entsprechende Ausstattung von Lehrräumen erforderlich.

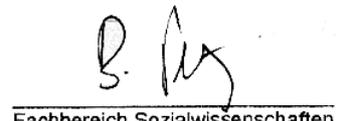
### 5.2 Institut (Lehrende, Studierende, Verwaltung)

a) Es wird angestrebt, das politikwissenschaftliche Lehrpersonal auf maximal drei Standorte zu konzentrieren.

b) Das eingerichtete Institutssekretariat soll in seiner Funktionsfähigkeit stabilisiert und zur zentralen Anlaufstelle für alle Angehörigen des IfP weiterentwickelt werden.

Bremen, 22. April 2002

  
Rektorat der Universität Bremen  
Prof. Dr. Wilfried Müller  
Konrektor für Lehre und Studium

  
Fachbereich Sozialwissenschaften  
Prof. Dr. Bernhard Peters  
Dekan

  
Institut für Politikwissenschaft  
Prof. Dr. Michael Zürn  
Direktor

## *Zielvereinbarung*

**Zielvereinbarung**  
zwischen  
dem Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften und dem Rektorat der  
Universität Bremen  
sowie  
dem Fach Soziologie  
über die Umsetzung der Evaluationsergebnisse des Evaluationsverfahrens  
2000/2001  
(Teil A)

Die folgenden Ausführungen enthalten die zwischen den Beteiligten verbindlich verabredeten Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre und des Studiums sowie zur Reform der Studienstruktur im Anschluß an das im Sommersemester 2000 und Wintersemester 2000/2001 durchgeführte Evaluationsverfahren im Norddeutschen Verbund. Der Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften verabredet in einem Teil B weitere, nicht unmittelbar aus dem Evaluationsverfahren resultierende Ziele, Aktivitäten und Maßnahmen.

**I. Ziele**

Das Institut für Soziologie (IfS) beteiligte sich im Wintersemester 2000/2001 im Verbund Norddeutscher Universitäten an der Evaluation von Studium und Lehre. Auf den Erkenntnissen und Empfehlungen, die während dieser Evaluation gewonnen wurden (vgl. Gutachterlicher Bericht vom März 2001) beruht diese Vereinbarung. Sie verfolgt generell folgende Ziele:

- Stärkung der Fachidentität,
- Verbesserung der Studienberatung,
- Einleitung der Studienstrukturreform durch Modularisierung und Einführung gestufter Abschlüsse,
- Intensivierung des Praxisbezugs,
- Stärkung der Studienmotivation,
- Verbesserung der Lehre und
- Ausschöpfung von Synergien in der Methodenausbildung.

Bei den in Abschnitt II genannten Aktivitäten und Maßnahmen ist die Richtlinie zur Realisierung der Gleichstellung von Frauen im wissenschaftlichen Bereich des Fachbereichs 8 zu beachten. Bei der Umsetzung wird daher in jedem Einzelfall geprüft, inwieweit die Aktivität bzw. Maßnahme zur Realisierung der Ziele der Richtlinie beiträgt

Die Studienstrukturreform verfolgt auch das Ziel, die Motivation der Studierenden für einen Studienabschluss innerhalb der Regelstudienzeit zu erhöhen und ein dahinführendes zügiges Studium zu ermöglichen

**II. Aktivitäten und Maßnahmen**

Die Beteiligten werden zum Ende des Sommersemesters 2003 eine Bilanz der verabredeten Maßnahmen ziehen und auf dieser Basis die Zielvereinbarung fortschreiben.

1. Lehre und Studium

Im Mittelpunkt der Veränderungen in Lehre und Studium steht der Entscheidungsprozess zur Studienstrukturreform (Curricularisierung und Modularisierung, Einführung gestufter Studiengänge, Profilierung der Studienschwerpunkte).

## 1.1 Studienstrukturreform

- a) Der Institutsrat hat die Einführung gestufter Studienabschlüsse (Bachelor, Master) grundsätzlich beschlossen. Er wird im Laufe des Jahres 2002 weitere Entscheidungen zur Umsetzung dieses Beschlusses fassen.  
**Verantwortlich:** Vorstand des Instituts für Soziologie (IfS).
- b) Entsprechend dieser Grundsatzentscheidung erfolgt die Entwicklung von Modulen und Curricula spätestens bis zum Ende des Sommersemesters 2002. Dabei wird besonders geprüft, wie Inhalte und Ziele des Projektstudiums und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen (auch fachübergreifend) in die neue Studienstruktur aufgenommen werden können. Die Möglichkeit eines reibungslosen Übergangs in die Graduate School of Social Sciences (GSSS) wird planerisch berücksichtigt.  
**Verantwortlich:** Vorstand des Instituts für Soziologie und Studienkommission Soziologie

Dem Fach werden vom Rektorat hierfür Planungsmittel zur Beschäftigung einer studentischen Hilfskraft in Höhe von bis zu 1.000 Euro (ca. 100 Std.) zur Verfügung gestellt.

## 1.2 Verbesserung der Lehre, der Lehrorganisation und des Prüfungswesens (einschließlich neuer Medien in der Lehre)

- a) Die Lehrenden werden vom Institut aufgefordert, die Angebote an hochschuldidaktischer Fortbildung, einschließlich der vom ZMML organisierten Angebote zur mediendidaktischen Fortbildung zu nutzen.  
**Verantwortlich:** Vorstand des IfS.

Rektorat und Dekanat unterstützen die Intention des Instituts mit ihrer Unterschrift unter ein entsprechendes Rundschreiben.

- b) Bis Ende 2002 werden Leistungs- und Beurteilungsstandards für Prüfungen und Leistungsnachweise entwickelt, im Institutsrat und im Diplomprüfungsausschuß beraten und beschlossen sowie in einem Merkblatt veröffentlicht.  
**Verantwortlich:** Vorstand des Instituts in Absprache mit der Studienkommission, dem Diplomprüfungsausschuß und dem Fachberater Magisterstudium.
- c) Das Institut für Soziologie wird die Tutorien der Einführungsphase weiterführen und die Qualität dadurch sichern, daß die Vergabe eines Tutoriums an den Nachweis einer Tutorenschulung oder einer vergleichbaren Qualifikation gekoppelt ist.  
**Verantwortlich:** Vorsitzender der Studienkommission.

## 1.3 Studienberatung und Studieninformation

- a) Das kommentierte Veranstaltungsverzeichnis wird bis zum Wintersemester 2002/2003 so umgestaltet, daß es auch die Funktion eines Studienführers erhält.  
**Verantwortlich:** Vorsitzender der Studienkommission Soziologie.
- b) Die Orientierungswoche für Erstsemester wird mit einer verbesserten Präsentation des IfS und seiner Einrichtungen zum Wintersemester 2002/2003 weiterentwickelt.  
**Verantwortlich:** Vorstand des IfS in Absprache mit der Studienkommission Soziologie
- c) Jeweils im Wintersemester wird insbesondere für die Studierenden des dritten Fachsemesters eine Beratungs- und Informationsveranstaltung zu den Schwer-

punkten des Hauptstudiums und den damit verbundenen Arbeitsmarkt- und Berufsperspektiven angeboten. Beginn: Wintersemester2001/02.

**Verantwortlich:** Studienkommission Soziologie.

- d) Für den Schülerinformationstag und generell für die Information von Studieninteressenten wird ein Informationskonzept erarbeitet, das über Studieninhalte, Studienorganisation und sozialwissenschaftliche Berufsfelder informiert. Den Schülerinnen und Schülern wird bei Interesse die Möglichkeit gegeben, in Absprache mit den Lehrenden an einer Veranstaltung des Grundstudiums teilzunehmen. Beginn: Januar 2002  
**Verantwortlich:** Vorstand des IfS.

#### 1.4 Praxisbezug von Lehre und Studium

- a) Das Institut für Soziologie wird in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug einmal im Jahr ein Ehemaligentreffen veranstalten (Beginn: 2002).  
**Verantwortlich:** Vorstand des IfS mit Beteiligung der Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug.
- b) Das Institut für Soziologie wird auch weiterhin nach Maßgabe seiner Möglichkeiten Tagungen zur Praxisrelevanz der Soziologieausbildung unter Einschluß von externen Expertinnen und Experten durchführen.  
**Verantwortlich:** Vorstand des IfS mit Beteiligung der Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug.

Das Rektorat unterstützt die Tagung finanziell einmalig auf Antrag im Umfang von bis zu € 1000,-. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unterstützen Dekan/Studiendekan Folgetagungen.

- c) Im Jahr 2002 wird die Realisierbarkeit von Erhebungen zur Verbindung und Optimierung von beruflichen Interessen Studierender einerseits und dem Studienangebot (z.B. Schwerpunkte) im Hauptstudium andererseits geprüft. Bei Realisierbarkeit soll die erste Erhebung im Jahr 2003 durchgeführt und ausgewertet werden.  
**Verantwortlich:** Fachgebiet Methoden in Zusammenarbeit mit der Studienkommission Soziologie.

Das Rektorat sagt eine Anschubfinanzierung unter der Bedingung einer Beteiligung des Fachbereichs an den Kosten zu.

- d) Das Institut für Soziologie wird sich in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle für Studienorganisation und Praxisbezug verstärkt um die Kontaktaufnahme zu berufstätigen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern bemühen, um sie u.a. in geeigneten Fällen in die Lehre einzubeziehen. Zugleich werden die Vorbereitung auf das Praktikum und die Einbindung der Praktikumserfahrungen der Studierenden in das Studium verbessert. Beginn: ab Sommersemester 2002.  
**Verantwortlich:** Institutsvorstand in Zusammenarbeit mit der Studienkommission Soziologie, den Schwerpunktkoordinatoren und dem Praktikumsbeauftragten.

#### 1.5 Kooperationen in Lehre und Studium

Es wird angestrebt, die Methoden und Statistikausbildung der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft im Rahmen der Studienstrukturreform zusammenzuführen.

**Verantwortlich:** Fachgebiet Methoden in Absprache mit den Vorständen der Institute für Soziologie und für Politikwissenschaften.

**Das Rektorat sagt für den Fall, daß die Methoden- und Statistikausbildung der Fächer Soziologie und Politikwissenschaft wie angestrebt zusammengeführt werden, zu, daß die damit verbundenen Ausstattungsfragen des Fachgebiets Methoden im Sinne der Option in der Berufungsvereinbarung von Prof. Engel im Rahmen des Gesamtkontingents des Fachbereichs gelöst werden.**

## 2. Weiterbildung

Das Institut für Soziologie wird sich auch zukünftig an Angeboten zur wissenschaftlichen Weiterbildung beteiligen und eine konzeptionelle Planung ggf. in Kooperation mit dem ZWB im Rahmen der Studienstrukturreform beginnen.

## 3. Internationale Dimension

### 3.1 Sokrates-Programme

Der Institutsrat wird im Sommersemester 2002 die Erfahrungen mit den bestehenden Kooperationsvereinbarungen im Rahmen des Sokrates-Programms unter strategischen Gesichtspunkten diskutieren.

**Verantwortlich:** Vorsitzender der Studienkommission Soziologie in Zusammenarbeit mit dem Sokrates-Büro des Fachbereichs.

### 3.2 Internationale Studienangebote

Das Fach berücksichtigt bei der Studienstrukturreform die Attraktivität der Studienangebote für ausländische Studierende. Außerdem wird es prüfen, inwieweit ein spezielles international ausgerichtetes Studienprogramm möglich ist. Die Ergebnisse fließen in die Entscheidungen zur Studienstrukturreform ein (vgl. Ziffer 1.1).

**Verantwortlich:** Vorstand des IfS und Studienkommission Soziologie.

## 4. Fachidentität und Studienmotivation

- a) Zur Verbesserung der Studienmotivation und als Anreiz zur Leistungssteigerung wird jährlich der Preis für ausgezeichnete Studienleistungen - zunächst im Gebiet Statistik und empirische Sozialforschung - vom Institut für Soziologie vergeben. Die Hauptpreise werden jeweils für ausgezeichnete Studienleistungen im Grundstudium ausgelobt. Das Preisgeld für den Hauptpreis beträgt jeweils 250,00 €. Das Institut wird hierzu ein Konzept erarbeiten, das die Möglichkeit der Auszeichnung ausgezeichneter Studienleistungen auf das ganze Fach ausdehnt.
- Verantwortlich:** Vorstand des Instituts für Soziologie in Zusammenarbeit mit dem Fachgebiet Methoden und der Studienkommission.

**Das Preisgeld von insgesamt 750 € wird für die nächsten drei Jahre (2002-2004) zu je einem Drittel vom Rektorat, vom Fachbereich und vom Institut getragen.**

- b) Das Institut für Soziologie wird beginnend im Jahre 2002 ein institutsöffentliches Colloquium mit ca. drei bis vier Terminen im Jahr einrichten.
- c) Das Institut wird ein Konzept zur Verabschiedung seiner Absolventen und Absolventinnen entwickeln.

**Verantwortlich:** Vorstand des Instituts für Soziologie.

## 5. Bau- und Raumplanung

Der Fachbereich 8 wird sein vorliegendes Raumkonzept (Stand: September 2000) unter Berücksichtigung der Zielvorstellungen

- weitgehende räumliche Zusammenführung des Lehrpersonals eines Instituts,
- Schaffung eines räumlichen Institutsmittelpunkts.

- Schaffung und Verbindung von Orten des Selbststudiums und der Kommunikation innerhalb und zwischen den Gruppen der Lehrenden und Studierenden weiter entwickeln.

Vom Rektorat wird ein Gespräch zu diesem Thema im Sommersemester 2002 zugesagt. Gegenstand dieses Gesprächs (unter Hinzuziehung des Kanzlers) sind insbesondere folgende Fragen:

#### 5.1 Räume für Lehre und Studium

Angesichts der Bedeutung von Kenntnissen im Bereich EDV und der Statistikausbildung wird die Einrichtung eines zweiten CIP-Pools angestrebt. Um multimediale Elemente in der Lehre einsetzen zu können, ist künftig eine entsprechende Ausstattung von Lehrräumen erforderlich.

#### 5.2 Institute (Lehrende, Studierende, Verwaltung)

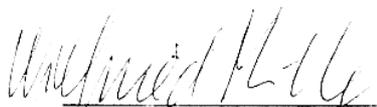
- a) Es wird angestrebt, das soziologische Lehrpersonal auf maximal drei Standorte zu konzentrieren.
- b) Das eingerichtete Institutssekretariat soll in seiner Funktionsfähigkeit stabilisiert und zur zentralen Anlaufstelle für alle Angehörigen des IfS entsprechend der im Gutachten der Evaluationskommission auf S. 15 angesprochenen „Leuchtturmfunktion“ weiterentwickelt werden.

In einem Pilotprojekt wird zur Unterstützung des Publikumsverkehrs (u.a. Scheinausgabe<sup>1</sup>, Ausgabe von Studienmaterialien, Auskünfte) für einen Zeitraum von zwei Jahren eine studentische Hilfskraft eingesetzt. Die dafür benötigten Mittel von 2.812 Euro pro Jahr (8 Monate x 37 Std./Monat) werden vom Rektorat zur Verfügung gestellt.

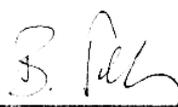
#### 5.3 Orte der Kommunikation

Als zentraler Kommunikationsort wird die Einrichtung eines soziologischen Cafés für Studierende und Lehrende im Gebäude GW 2 angestrebt, das von beiden Gruppen gemeinsam verwaltet wird.

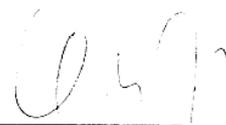
Bremen, 22. April 2002



Rektorat der Universität Bremen  
Prof. Dr. Wilfried Müller  
Konrektor für Lehre und Studium



Fachbereich Sozialwissenschaften  
Prof. Dr. Bernhard Peters  
Dekan



Institut für Soziologie  
Prof. Dr. Uwe Engel  
Vorstandssprecher

<sup>1</sup> Die Siegelung von Scheinen bleibt dem Verwaltungspersonal vorbehalten

*Zielvereinbarung*

## Evaluation von Studium und Lehre



### Ziele und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre im Fach Politikwissenschaft

*vereinbart zwischen*

*dem Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften,  
vertreten durch den Institutsprecher, Prof. Dr. Yves Bizeul,  
der Leitung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät,  
vertreten durch den Dekan, Prof. Dr. Martin Heilmann,  
und der Universitätsleitung,  
vertreten durch den Rektor, Prof. Dr. Günther Wildenhain*

Das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften verpflichtet sich mit der vorliegenden Zielvereinbarung im Anschluss an die erfolgte Evaluation auf die Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Reform und Weiterentwicklung von Studium und Lehre im Fach Politikwissenschaft.

Gegenstand der Zielvereinbarung sind Verbesserungen von personellen, finanziellen und studienstrukturellen Rahmenbedingungen und studienreformerische Maßnahmen, die das Institut in einem Zeitraum von zunächst zwei Jahren in Angriff nehmen und realisieren wird.

Im Gegenzug werden die Universitätsleitung, die Fakultätsleitung und das Projekt „Evaluation“ im Dezernat Studium und Lehre das Institut nach Kräften bei der Umsetzung dieser Maßnahmen unterstützen.

#### I. Personalausstattung

Das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften wurde 1992 gegründet und verfügt seit 1994/95 über die drei Lehrstühle Vergleichende Regierungslehre (C 4-Professur), Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit (C 4) und Politische Theorie und Ideengeschichte (C 3). Die Lehre wird von den drei Lehrstuhlinhabern, einer Akademischen Rätin und vier Assistenten wahrgenommen.

Bei einem unverändert starken Zuwachs der Studentenzahlen betreuten die drei Lehrstühle bzw. die insgesamt acht Lehrenden im Wintersemester 2001/2002 438 Studenten. Darüber hinaus bietet das Institut für acht weitere Studiengänge (Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik, Demographie, Informatik, Soziologie und zwei Lehramt-Teilstudiengänge) zusätzliche Lehrdienstleistungen im Umfang von mindestens zehn Semesterwochenstunden an.

## Zielvereinbarung

Neben dem hauptamtlich tätigen Personal stehen dem Institut begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung.

Trotz dieser „ungewöhnlich schwierigen Bedingungen“ (Kommissionsbericht S. 27) ist es über die letzten Jahre hinweg gelungen, ein breites Lehrangebot, eine angemessene Vermittlung und die Attraktivität des Politikstudiums in Rostock aufrecht zu erhalten.

1. Um diese Breite, Vermittlungskompetenz und Attraktivität unter weiterhin steigenden Studentenzahlen auch in Zukunft zu halten, hält das Institut zum einen Verbesserungen in der personellen Ausstattung für notwendig:
  - a) Einrichtung einer C 3-Professur für Verwaltungswissenschaften: Parallel zur Einrichtung der Professur soll ein entsprechend modularisierter Studiengang festgelegt werden. Ein im B.A./M.A.-Studium integrierter Teilstudiengang Verwaltungswissenschaften schließt eine – bereits im Institutsnamen sichtbare – manifeste Lücke im Lehrangebot, er öffnet ganz neue, landesspezifische Berufsfelder und kann dazu beitragen, Strukturschwächen in der Verwaltungspraxis (insbesondere auf Führungs- und Kommunalebene) des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu überwinden.
  - b) Einrichtung einer C 3-Professur für Didaktik der Politik-/Sozialwissenschaften: Die für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wichtige Ausbildung von Sozialkundefachlehrern ist im Bereich der Didaktik nicht gesichert. Die im Bundesland gewählte Form des Lehramt-Teilstudienganges „Sozialwissenschaften“ mit vier beteiligten Fächern (Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Jura) sieht ein hohes Maß an Interdisziplinarität vor und erfordert eine starke Koordination. Eine C 3-Professur für Didaktik der Politik-/Sozialwissenschaften, wie sie an den meisten anderen politikwissenschaftlichen Instituten an Universitäten der neuen Länder vorhanden ist, ist deshalb auch für das Rostocker Institut unabdingbar.
  - c) Ausstattung des Lehrstuhls Politische Theorie und Ideengeschichte mit einer Assistentenstelle: Dieser für die Lehre entscheidende Lehrstuhl, eine C 3-Professur, verfügt als einziger Lehrstuhl und einzige C 3-Professur an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät über keine Assistenten. Dieser auch mit Internationaler Politik und Vergleichender Regierungslehre verschränkte und für eine künftige Berufs- insbesondere Sozialkundefachlehrertätigkeit unumgängliche Wissenschaftsbereich kann deshalb nicht in dem notwendigen Umfang gelehrt und vermittelt werden.

Die Fakultätsleitung und die Universitätsleitung nehmen die Vorstellungen des Instituts zur Kenntnis. Sie sprechen sich dagegen aus, im jetzigen Stadium der auf Ebene der Fakultäten und der Universität insgesamt laufenden Strukturdiskussion bereits eine Entscheidung für oder gegen eine entsprechende Ausweitung der Personalausstattung zu fällen.

Das Institut, die Fakultätsleitung und die Universitätsleitung verabreden, die Vorstellungen des Instituts und deren Umsetzung nach einem Zeitraum von sechs Monaten erneut zu diskutieren. Die Universitätsleitung wird zu einem Gespräch eingeladen.

Das Institut wird bereits vorher seine Vorstellungen in die Strukturdiskussion innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät einbringen.

Verantwortlich: *Rektor, Institutssprecher, Dekan*

Termin: *Juli 2002*

2. Das Institut macht zum anderen einen erhöhten Bedarf an Haushaltsmitteln für die Durchführung von Tutorien und die Vergabe von Lehraufträgen geltend:
- a) Tutorien: Insbesondere in den Einführungskursen des Grundstudiums besteht angesichts der hohen Studienanfängerzahlen ein erheblicher Bedarf an begleitenden Tutorien, der aus den bislang zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für studentische Hilfskräfte nicht auch nur annähernd gedeckt werden kann.
  - b) Lehraufträge: Wichtige, für die politische und berufliche Orientierung der Studenten unverzichtbare Themen und Sachgebiete, die im Rahmen der regulären Lehrtätigkeit nicht ständig gelehrt oder angemessen vertieft werden können, werden seit Gründung des Institutes im Rahmen unbezahlter Lehraufträge angeboten. Das Institut selbst kann nicht ausreichend Lehraufträge finanzieren. Diese Knappheitssituation konnte in den letzten beiden Jahren durch gesonderte, vom Lehrstuhlinhaber für Internationale Politik eingehandelte Sachmittel von DM 4.500,- pro Jahr leicht gemindert werden. Um ein angemessenes Angebot dieser für die Entwicklung des Landes und die Berufsorientierung der Studenten so wichtigen Themen – „Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“, „Einführung in die Verwaltungswissenschaft“, „Berufschancen in der Entwicklungszusammenarbeit“ etc. – zu gewährleisten, ist eine starke Erhöhung der Haushaltsmittel für „Lehraufträge/Gastvorträge“ auf € 4.900,- pro Semester unumgänglich.

Um die Ausstattung des Instituts mit Tutorien und Hilfskräften nach Möglichkeit zu verbessern, wird die Verteilung der Mittel für studentische Hilfskräfte in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät neu diskutiert. Insbesondere soll die Zuweisung von entsprechenden Mitteln an das Institut außerhalb der Normalverteilung der Mittel auf die Institute und Lehrstühle der Fakultät bedacht werden. - In der Fakultät soll außerdem geprüft werden, im Fakultätshaushalt und bei der Mittelverteilung zwischen Mitteln für studentische Tutorien und für anders eingesetzte studentische Hilfskräfte zu unterscheiden, um so grundsätzlich die Durchführung von Tutorien zu fördern.

Für die Erhöhung der Mittel für Lehraufträge im durch das Institut eingeforderten Volumen sehen Fakultäts- und Universitätsleitung keine Möglichkeit. In der Fakultät soll geprüft werden, ob dem Institut in geringerem Umfang zusätzliche Mittel für Lehraufträge zugewiesen werden können. (Das Institut erhält bereits jetzt einen überproportionalen Anteil aus dem Fakultätshaushalt, der aus der Tatsache zu erklären ist, dass das Institut unterproportional besetzt ist.)

*Verantwortlich: Dekan, Institutsleitung*

*Termin: Oktober 2002*

## **II. Organisation der Lehre**

3. Zum Wintersemester 2001/2002 wurde am Institut ein integrierter B.A./M.A.-Studiengang eingeführt, der den Ausbildungsstandard und die Wissens- und Berufskompetenz der Studierenden in mehrfacher Hinsicht steigern wird: Aufgrund der Modularisierung und der Doppelstufigkeit des Ausbildungsganges wird es künftig möglich sein – durch das Modul „Vermittlungskompetenz und Anwendung“ – die Studierenden noch stärker auf die Notwendigkeit von (Berufs-) Praktika hinzuweisen und ihre Bemühungen durch Vergabe von Leistungsscheinen zu honorieren.

## Zielvereinbarung

Zugleich können und müssen sich die Studierenden während des Studiums in den Forschungsschwerpunkten des Institutes stärker engagieren – Erwerb von Leistungsscheinen in den Modulen Forschung(sschwerpunkte). Des weiteren können die Fremdsprachenkompetenz und der Wahrnehmungshorizont der Studierenden erweitert werden – Praktika in internationalen Organisationen; Partizipation am Forschungsprozess.

*Verantwortlich: Die drei Lehrstühle*

*Termin: bereits umgesetzt*

- Um die Studenten stärker mit der politischen Praxis, spezifischen Politikfeldern und spezifischen Berufsfeldern – bei Möglichkeit des Erwerbs von Leistungsscheinen – vertraut zu machen, wird das Angebot von Studienexkursionen, die Zusammenarbeit mit den Parteistiftungen und die Vortragstätigkeit von Politikern noch stärker gefördert: In Zusammenarbeit mit dem Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, ist es gelungen, eine fünftägige Studienexkursion „Entwicklungspolitik in der Praxis“ (verbunden mit eventuellen entwicklungspolitischen Praktika) auf Dauer zu stellen. Im Rahmen der neuen Vortragsreihe „Colloquium Politicum“ werden Vertreter des öffentlichen und insbesondere politischen Lebens zu Vorträgen und Diskussionen in das Institut bzw. die Universität Rostock geladen. Im Rahmen von – leider bislang unbezahlten – Lehraufträgen wird die Zusammenarbeit mit den politischen Stiftungen verstärkt. Zudem werden Exkursionen, die Einsicht in spezifische Berufsfelder vermitteln, angeboten.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

- Die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in Osteuropa und im Ostseeraum bilden einen neuen Schwerpunkt für die Lehre und Forschung am Institut. Damit wird, auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, sichergestellt, dass eine für die Berufsorientierung der Studenten und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtige politische und wirtschaftliche Herausforderung angemessenen Stellenwert in der Institutstätigkeit findet. Der neue Lehr- und Forschungsschwerpunkt wird lehrstuhlübergreifend vermittelt. Mit der Einführung des neuen Schwerpunktes ist mit dem Sommersemester 2001 begonnen worden.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: bereits umgesetzt*

- Um die Studierenden (insbesondere des B.A./M.A.-Studienganges) stärker in die prozess- und nicht nur resultatorientierte Forschung einzubinden und sie mit Formen interdisziplinärer Forschung vertraut zu machen, ist das seit 1999 begründete Forschungskolloquium „Kollektive Identität“ – in Kooperation mit Soziologie und Religionswissenschaft – als Bestandteil der Forschungsmodule im Lehrangebot fest verankert worden.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: bereits umgesetzt*

III. Vermittlung der Lehre

7. Die neue B.A./M.A.-Studienordnung wird die Durchführung von Tutorien als obligatorische Studienleistung vorsehen. Auf diese Weise soll die Vermittlungskompetenz der Studierenden in fortgeschrittenen Semestern gefördert werden. Zudem können so verstärkt Tutorien zur Begleitung der Einführungskurse im Grundstudium angeboten werden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Haushaltsmittel zur Durchführung von Tutorien (siehe 2.a) bleibt davon unberührt.

*Verantwortlich: Institutssprecher*

*Termin: Juli 2002*

8. Das Institut wird sich in Zukunft noch stärker darum bemühen, Wissenschaftler, Politiker und Fachleute in Lehrveranstaltungen zum Vortrag oder zur Diskussion zu bitten, um den Praxisbezug der Lehre und die Berufsorientierung der Studenten zu stärken.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

9. Seit Sommersemester 2001 ist die Fachschaft der Politikwissenschaft mit zwei Mitgliedern in der mindestens zweimal pro Semester tagenden Mitarbeiterversammlung des Institutes vertreten. Im Rahmen dieser Zusammenkünfte werden die für das nächste Semester geplanten Lehrveranstaltungen mit den Fachschaftsvertretern besprochen.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

10. Das IPV wird in Zukunft weiter versuchen, bei den Parteistiftungen und durch Nachlässe bei Akademikern Bücher für die Bibliothek einzuwerben. Dadurch können Kürzungen im Bücher- bzw. Zeitschriftenetat aufgefangen werden.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

11. Im Rahmen der neuen B.A./M.A.-Studienordnung wird den Studenten die Möglichkeit des Erwerbs von Teilnahme­scheinen in einer Reihe neuer Fächer, insbesondere Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Jura, eingeräumt. Durch diese Öffnung des Studienganges für gesellschaftspolitisch unumgängliche Parallelfächer wird die Berufsorientierung der Studenten und die Interdisziplinarität des Studienganges erhöht.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: bereits umgesetzt*

## Zielvereinbarung

12. Seit der Einführung der „Tage der Lehre“ zur didaktischen Weiterbildung des Lehrpersonals haben die Assistenten und Professoren des Institutes von diesem Weiterbildungsangebot Gebrauch gemacht. Die aktive Teilnahme wird auch in Zukunft fortgesetzt.

*Verantwortlich: Die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

### IV. Internationalisierung der Lehre

13. Die bereits bestehenden Kooperationen mit Partneruniversitäten im Ausland, insbesondere mit der University of Nebraska, Kearney, werden noch stärker ausgebaut. Die Grundlage bietet der B.A./M.A.-Studiengang, durch den die internationale Kompatibilität des Studiums erhöht wird.

*Verantwortlich: Die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

14. Ein umfangreiches englischsprachiges „Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis“ kann seit 1998 im Internet abgerufen werden. Diese Praxis wird beibehalten und das Format der Internetpräsentation wird verbessert. Das gleiche gilt für die englischsprachige Darstellung der Entstehung, der Lehr- und Forschungsschwerpunkte des Institutes.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

15. Die seit Beginn des Institutes begründete Tradition, englisch-, französisch- und spanischsprachige Forschungskonferenzen durchzuführen, wird verstärkt weitergeführt. In Zukunft wird die Teilnahme der Studenten (durch den Erwerb eines Teilnahme-scheines im Modul „Forschung“) nachhaltig gestärkt werden.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

16. In Kooperation mit den Parteistiftungen und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird in Zukunft auf Auslandspraktika in Dritte-Welt-Ländern ein stärkerer Akzent gelegt; diese Auslandspraktika werden durch den Erwerb von Leistungsscheinen im Modul „Vermittlungskompetenz und Anwendung“ gefördert.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

17. Zukünftig wird in noch stärkerem Maße ausländischen Studenten und im Ausland studierenden Kommilitonen die Möglichkeit gegeben, über ihre Auslandsstudien-erfahrungen in den Lehrveranstaltungen zu berichten.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*

*Termin: fortlaufend*

18. Das Institut ist im Begriff, einen Informationstext zu entwickeln, der genaue Anweisungen für ein Studium an französischen Universitäten enthält. Insbesondere werden die Bedingungen spezifiziert, unter denen die Studenten das „Certificat d' Etudes Politiques“ erreichen können.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*  
*Termin: Sommersemester 2002*

#### V. Darstellung der Lehre

19. Seit Gründung des Institutes gibt das Institut ein „Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis“ und einen jährlich erscheinenden, ausführlichen Forschungsbericht heraus. Seit Einführung des Internets wird das Vorlesungsverzeichnis, der Forschungsbericht ebenso wie die Darstellung der Organisation des Institutes und seiner Lehr- und Forschungsschwerpunkte im Internet präsentiert. Diese Praxis wird verstärkt und insbesondere wird die Präsentation im Internet verbessert. Für die zentrale Eingabe des Vorlesungsverzeichnisses über das Rechenzentrum der Universität ist eine studentische Hilfskraft gesondert eingearbeitet worden.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*  
*Termin: fortlaufend*

20. Die Lehrstuhlinhaber haben seit Gründung des Institutes mit den lokalen und überregionalen Medien – vor allem anlässlich von Institutskonferenzen oder regionalen, bundesdeutschen und internationalen (Wahl-) Ereignissen – zusammengearbeitet, um auf diese Weise auf die Institutstätigkeit und die Lehrschwerpunkte hinzuweisen. Diese Tradition wird fortgesetzt und bei der Internetpräsentation des Instituts noch stärker berücksichtigt.

*Verantwortlich: Institutssprecher und die drei Lehrstühle*  
*Termin: fortlaufend*

#### Schlussbemerkung

Die Umsetzung dieser vereinbarten Maßnahmen wird durch das Projekt „Evaluation“ im Dezernat Studium und Lehre unterstützend begleitet. Im April 2003 wird der Rektor die Vertreter des Institutes zu einer Gesprächsrunde über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen einladen, in dessen Rahmen gegebenenfalls neue Zielsetzungen vereinbart werden.

Rostock, 5. April 2002

Prof. Dr. Yves Bizeul  
Sprecher des Instituts für Politik-  
u. Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Martin Heilmann  
Dekan der Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Prof. Dr. Günther Wildenhain  
Rektor der Universität Rostock

## *Zielvereinbarung*

## Evaluation von Studium und Lehre

### Ziele und Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre im Fach Soziologie



*vereinbart zwischen*

*dem Institut für Soziologie und Demographie,*

*vertreten durch den Sprecher, Prof. Dr. Peter A. Berger,*

*der Leitung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät,*

*vertreten durch den Dekan, Prof. Dr. Martin Heilmann,*

*und der Universitätsleitung,*

*vertreten durch den Rektor, Prof. Dr. Günther Wildenhain*

#### **Präambel**

Mit dieser Vereinbarung verständigen sich das Institut für Soziologie und Demographie, die Leitung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und die Leitung der Universität Rostock auf Ziele und Maßnahmen zur weiteren Entwicklung von Studium und Lehre im Fach Soziologie.

Die Vereinbarung schließt an die Evaluation von Studium und Lehre im Fach Soziologie an, die in einem gemeinsamen Verfahren mit dem Fach Politikwissenschaft innerhalb des Verbundes Norddeutscher Universitäten erfolgte.

Das Institut analysierte im Sommersemester 2000 unter Beteiligung von Lehrenden und Studierenden Stärken und Schwächen in den soziologischen Studiengängen. Die Ergebnisse hält die Selbstbeschreibung des Institutes vom Oktober 2000 fest.

Eine Kommission externer Gutachter besuchte das Institut für Soziologie und Demographie im Dezember 2000 und befragte Lehrende und Studierende sowie die Universitätsleitung zur Situation von Studium und Lehre. Ihre Empfehlungen stellte sie auf einer auswertenden Konferenz im Februar 2001 zur Diskussion und legte sie dann im abschließenden Bericht vom März 2001 nieder.

Die vorliegende Vereinbarung fußt zum einen auf den Erkenntnissen aus der internen und externen Stärken-Schwächen-Analyse. Sie berücksichtigt zum anderen Veränderungen, die im unmittelbaren Anschluss an das Evaluationsverfahren durch das Institut für Soziologie und Demographie eingeleitet wurden bzw. die sich durch die Reform des Magister-Studiengangs der Universität Rostock für das soziologische Studienangebot ergeben haben.

Die Vereinbarung benennt deshalb sowohl anzustrebende Ziele und umzusetzende Maßnahmen wie auch bereits erreichte Ziele und durchgeführte Maßnahmen.

# Zielvereinbarung

## I Aufbau einer institutionellen Struktur des Instituts

Das Institut für Soziologie und Demographie hat die Notwendigkeit formaler Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, wie sie von den Gutachtern gefordert wurden, anerkannt. Nach einer ausführlichen institutsinternen Diskussion wurde daher im Sommersemester 2001 ein Vorschlag für eine Institutsordnung durch die Institutsversammlung verabschiedet und im Juli 2001 durch den Fakultätsrat der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in Kraft gesetzt.

Da das Institut im Jahre 1998 um die beiden Lehrstühle „Bevölkerungs- und Familiensoziologie“ sowie „Demographie und Ökonometrie“ erweitert worden war und seit dem Wintersemester 1999/2000 ein Diplomstudiengang Demographie angeboten wird, ist auch der Institutsname verändert worden.

Ein laut Institutsordnung vorgesehener Institutsrat wurde im Juli 2001 gewählt. Ihm gehören drei Professoren und je ein Vertreter der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter sowie ein Vertreter des Fachschaftrats der Studierenden der Soziologie und Demographie an. Der Institutsrat trat im Juli 2001 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Mittlerweile ist auch der schon seit längerem tätige Fachschaftratsrat der Studierenden der Soziologie und Demographie offiziell als deren Vertretung bestätigt worden.

*Verantwortlich: Institutsleitung / Fachschaftratsrat*

*Termin: Ziele erreicht*

## II Sicherung und Ausbau der Lehre

Im Zuge der Umstellung des traditionellen Magister-Studienganges auf einen integrierten Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang seitens der Philosophischen Fakultät war das Institut für Soziologie und Demographie gezwungen, seine Soziologieausbildung neu zu gestalten. Es musste dabei einem Studiengangskonzept folgen, das von der Philosophischen Fakultät erarbeitet und vom Akademischen Senat sowie dem Bildungsministerium genehmigt worden war, ohne dass das Institut an den Beratungen beteiligt worden wäre. Nach der einhelligen Auffassung der Institutsmitglieder wurde aber das Ziel, im Rahmen dieser Vorgaben gegenüber dem bisherigen Magister-Studiengang verbesserte Studienmöglichkeiten im Fach Soziologie anzubieten, weitgehend erreicht.

Seit Beginn des Wintersemesters 2001/2002 kann Soziologie als Erst- und Zweitfach im reformierten Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang studiert werden. In der vorgeschlagenen Studienordnung sind die Empfehlungen der Gutachterkommission berücksichtigt worden:

- Neben einer elementaren Grundausbildung in Methoden und Statistik (Statistik I und II, Einführung in die empirische Sozialforschung I und II) für alle Studierenden wird eine vertiefte Methodenausbildung (Statistik III und fortgeschrittene Methoden der Datenanalyse sowie ein Forschungspraktikum) angeboten, die ab dem fünften Fachsemester im Studium des Bakkalaureus Artium und des Magister Artium nach Option A als wahlobligatorische Studienleistung gewählt

werden kann. Für den Abschluss des Magister Artium nach Option B ist die vertiefte Methodenausbildung obligatorisch.

- Als inhaltliche Studienschwerpunkte werden ab dem fünften Fachsemester die Module Lebenslauf- und Familienforschung sowie die Demographie eingeführt.
- Als obligatorische Studienleistung wird ein Berufspraktikum von vier Wochen Dauer eingeführt.

Die Einführung des Faches Soziologie im Rahmen des Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studienganges wurde im Juli 2001 durch den Akademischen Senat der Universität Rostock und im August 2001 durch das Bildungsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. Damit ist die Lehre in Soziologie gesichert und in Richtung eines eigenständigen Studienganges ausgebaut worden.

Ein Desideratum ist eine speziell auf die Bedürfnisse der Soziologie ausgerichtete Statistikausbildung (Statistik I bis III). Das Institut für Soziologie und Demographie strebt eine Regelung an, wonach die Statistikausbildung in einen stärker wirtschaftswissenschaftlichen und einen stärker sozialwissenschaftlichen Zweig ausdifferenziert wird. Eine entsprechende Planung ist mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsstatistik, der die Statistikausbildung für das Fach Soziologie abdeckt, auf ihre Umsetzungschancen hin zu prüfen und im Rahmen der anstehenden Strukturreformen innerhalb der Fakultät zu berücksichtigen.

Die Universitätsleitung anerkennt die mit der Neuordnung erreichten Fortschritte im soziologischen Studienangebot. Sie befürwortet eine Ausdifferenzierung der Statistikausbildung, die auch anderen sozialwissenschaftlichen Studiengängen (Demographie und Politikwissenschaft) zugute kommt. Sie wird dieses Ziel in die Überlegungen zur Strukturreform der Universität in gebührender Weise einbeziehen.

*Verantwortlich: Rektor, Institutsleitung*

*Termin (soweit Ziele noch nicht erreicht): WS 2002/2003*

### **III Verbesserung der Betreuung und Beratung der Studierenden**

Mit der Einführung des reformierten Faches Soziologie im Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang verbindet das Institut für Soziologie und Demographie auch eine Intensivierung der Studienbetreuung und -beratung:

- Um den Studierenden die Studienorganisation in einem Studiengang mit Teilstudiengängen in zwei verschiedenen Fakultäten zu erleichtern, wird das Institut die formelle und informelle Kommunikation mit dem Magisterprüfungsausschuss der Philosophischen Fakultät weiter verdichten.
- Um die Studierenden bei Entscheidungen zum Studienverlauf an den Stufen des reformierten Studiengangs zu unterstützen, wird als Voraussetzung zur Zulassung zur Bakkalaureus Artium-Prüfung eine Pflichtberatung zum weiteren Studienverlauf eingeführt. Diese Beratung sollte möglichst schon nach der Zwischenprüfung in Anspruch genommen werden.
- Um den Studierenden detailliertere Rückmeldungen zu Studienfortschritt und -erfolg zu geben, werden auf Wunsch die Seminararbeiten und ihre Bewertung mit den Studierenden besprochen.

## Zielvereinbarung

- Um den Erfolg der Studienreform beurteilen zu können, wird das Institut regelmäßige Lehrevaluationen fortführen.

Die Universitätsleitung wird in Abstimmung mit der Philosophischen sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät prüfen, inwieweit die Prüfungsverwaltung für den Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang und seine außerhalb der Philosophischen Fakultät angebotenen Fächer - insbesondere Soziologie und Politikwissenschaft - im Sinne einer besseren Orientierung der Studierenden anders organisiert werden kann.

*Verantwortlich: Institutsleitung, Kanzler, Prorektor für Studium und Lehre*

*Termin für Ziele: August 2002*

### IV Beteiligung an der Struktur- und Entwicklungsplanung

Das Institut für Soziologie und Demographie wird sich aktiv an der laufenden Struktur- und Entwicklungsdiskussion der Universität Rostock beteiligen. Aus der Sicht des Instituts werden dabei vor allem eine zufriedenstellende Lösung der Fakultätseinbettung des Instituts und – damit zusammenhängend – die weitere inhaltliche Profilierung des Studienangebots wesentliche Diskussionsthemen sein.

Die erfolgreiche Einführung des Faches Soziologie im Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang hat nichts an der auch von den Gutachtern bemängelten Situation geändert, dass das Fach Soziologie formal Teil des Studiengangs der Philosophischen Fakultät ist, das Institut aber Teil der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist. Das Institut für Soziologie und Demographie strebt an, diesen unbefriedigenden Zustand - über die unter III. angeführten Verbesserungen in der Studierendenbetreuung und Prüfungsverwaltung hinausgehend - im Rahmen der anstehenden Strukturreform der Universität grundlegend zu beheben.

Im Zusammenhang damit wird die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Studienangebots erneut zu überdenken sein.

Anknüpfend an frühere Pläne (Diskussion um die Diplomstudiengänge Soziologie und Demographie im Jahr 1999) und an aktuelle Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät könnte das Ziel verfolgt werden, das soziologische Studienangebot stärker als bisher in ein interdisziplinäres, sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Studiengangskonzept zu integrieren. Dazu müsste ein abgestimmtes interdisziplinäres Studienangebot in einer reformierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät erarbeitet werden, das auf eine Ausbildung in zentralen Gegenwartsfragen ausgerichtet ist. Soziologische, politikwissenschaftliche, volkswirtschaftliche und demographische Kompetenz könnte in Forschung und Lehre gebündelt werden. Das Ziel könnte sein, sich mit den Herausforderungen zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung vor dem Hintergrund von Bevölkerungstrends und Globalisierung in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa auseinander zu setzen. Die lokalen Kooperationsmöglichkeiten bieten dazu eine große Chance. Sie könnten zu einer Verstärkung der Profilbildung der Soziologieausbildung an der Universität Rostock beitragen. Die Kooperation innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät kann in einen Aufbaustudiengang bzw. einem Graduierten-

programm münden, in das auch das Max-Planck-Institut für demografische Forschung einbezogen werden sollte.

In jedem Fall wird eine noch stärkere Verzahnung von Soziologie und Demographie angestrebt. Ziel ist eine vereinheitlichte Studienstruktur im Rahmen eines Y-Modells. Als konkrete Ausgestaltung bietet sich - beispielsweise - ein gemeinsamer Bachelorstudiengang an, an den differenzierte Masterstudiengänge mit soziologischer und demographischer Ausrichtung anschließen.

Die Universitätsleitung anerkennt das Institut, dessen Schwerpunkte in der Sozialstruktur-, der sozialwissenschaftlichen Umwelt- und der Bevölkerungs- sowie Familienforschung liegen, als wichtiges, profilbildendes Element der Universität sowohl in der Forschung und als auch in der Lehre. Sie anerkennt ebenso die derzeitige Problematik des Studiengangs auf Grund seiner Verankerung im Bakkalaureus-/Magister-Artium-Programm der Philosophischen Fakultät. Die Universitätsleitung wird in der Strukturdebatte diesen Umstand berücksichtigen und in Absprache mit dem Institut und möglicherweise weiteren zu beteiligenden Instituten eine zukunftssträchtige Lösung im Sinne der vorgestellten Perspektiven für die Verortung des Instituts und seiner Lehre herbeiführen.

*Verantwortlich: Rektor, Dekan, Institutsleitung*

*Termin: WS 2002/2003*

## **V Verbesserung der Personalsituation**

Die Ausbildung in Soziologie wird zur Zeit vornehmlich von drei Lehrstühlen (Theorie der Soziologie und Theoriengeschichte, Mikrosoziologie, Makrosoziologie) getragen. Ein substanzieller Input wird auch von den beiden anderen, zum Wintersemester 1998/99 eingerichteten Lehrstühlen im Institut (Bevölkerungs- und Familiensoziologie, Demographie und Ökonometrie) beigesteuert, die sich auf die Ausbildung in Demographie konzentrieren. Daran hat die Umstellung auf den Bakkalaureus-/Magister-Artium-Studiengang nichts geändert.

Ein weiterer Lehrimport für den Studiengang kommt im Rahmen der Statistikausbildung vom Lehrstuhl für Wirtschaftsstatistik. Die Prüfungen in diesem Bereich werden aber vollständig vom Institut für Soziologie und Demographie übernommen.

Für eine erfolgreiche Lehre ist die derzeitige Ausstattung mit wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal inklusive der Unterstützung durch die Kooperationsvereinbarungen ausreichend, aber auch unverzichtbar. Ein Unterschreiten dieser Mindestausstattung durch Abbau von Personalkapazitäten ist aus der Sicht des Instituts für Soziologie und Demographie nicht zu verantworten.

Vielmehr strebt das Institut folgende Verbesserungen in der Personalsituation an:

- Die derzeit auf C3 eingestufte Professur für Theorie der Soziologie und Theoriengeschichte soll im Zuge der Neubesetzung nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Voigt auf C4 hochgestuft werden. Das würde der zentralen Bedeutung dieser soziologischen Disziplin gerecht und die Attraktivität für Bewerber bei der Wiederbesetzung deutlich erhöhen.

## Zielvereinbarung

- Der ursprünglich geplante, aber bislang nicht verwirklichte Lehrstuhl für empirische Sozialforschung soll eingerichtet werden. Diese Erweiterung ist zum einen vor dem Hintergrund einer stärker auf die Bedürfnisse sozialwissenschaftlicher Fächer ausgerichteten Statistikausbildung notwendig. Zum anderen wird zurzeit aus Ermangelung eines einschlägigen Lehrstuhls die Einführung in die empirische Sozialforschung behelfsweise vom Lehrstuhl für Mikrosoziologie angeboten. Ein Lehrstuhl für empirische Sozialforschung ist daher nicht nur für die Soziologie, sondern auch zur Unterstützung der Lehre in der Politikwissenschaft und der Demographie sinnvoll.

Die Fakultätsleitung und die Universitätsleitung nehmen die Vorstellungen des Instituts zur Kenntnis. Sie sprechen sich dagegen aus, im jetzigen Stadium der auf Ebene der Fakultäten und der Universität insgesamt laufenden Strukturdiskussion bereits Entscheidungen für oder gegen eine entsprechende Ausweitung der Personalausstattung zu fällen.

Das Institut, die Fakultätsleitung und die Universitätsleitung verabreden, die Vorstellungen des Instituts und deren Umsetzung nach einem Zeitraum von sechs Monaten erneut zu diskutieren. Die Universitätsleitung wird zu einem Gespräch eingeladen.

Das Institut wird bereits vorher seine Vorstellungen in die Strukturdiskussion innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät einbringen.

*Verantwortlich: Rektor, Institutsleitung, Dekan*

*Termin: Juli 2002*

Die Gutachter bescheinigen dem Institut eine chronische Unterversorgung im Hinblick auf Mittel für studentische Hilfskräfte, die für die Durchführung von Tutorien verwendet werden könnten. Das Institut hält insbesondere für die Einführungskurse (Einführung in die Soziologie, Geschichte der Soziologie, Sozialstrukturanalyse, Einführung in die empirische Sozialforschung, SPSS) einen verstärkten Einsatz von studentischen Tutoren für unabdingbar: Auf Grund der hohen Studierendenzahlen in den Anfangssemestern (inkl. einer hohen Zahl von Beifach-Studierenden und Studierenden der Demographie) werden die Einführungsveranstaltungen von bis zu 300 Studierenden besucht; nur die Durchführung von Tutorien kann unter diesen Bedingungen einen adäquaten Übungsbetrieb gewährleisten. Das Institut sieht einen dauerhaften Bedarf an Tutorien von 50 Stunden / Woche während der Vorlesungszeiten, für den entsprechende Mittel für studentische Hilfskräfte benötigt werden.

Mit der Zielsetzung, die Ausstattung des Instituts zu verbessern, wird die Verteilung der Mittel für studentische Hilfskräfte in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät neu diskutiert. Insbesondere soll die Zuweisung von entsprechenden Mitteln an das Institut außerhalb der Normalverteilung der Mittel auf die Institute und Lehrstühle der Fakultät bedacht werden.

In der Fakultät soll außerdem geprüft werden, im Fakultätshaushalt und bei der Mittelverteilung zwischen Mitteln für studentische Tutoren und für anders eingesetzte studentische Hilfskräfte zu unterscheiden, um so grundsätzlich die Durchführung von Tutorien zu fördern.

*Verantwortlich: Dekan, Institutsleitung*

*Termin: Oktober 2002*

## VI Sicherung des Lehramtsstudienganges Sozialwissenschaften

Das Institut für Soziologie und Demographie und die Universitätsleitung halten am Angebot des Faches Sozialwissenschaften in der Lehramtsausbildung auf Grund dessen Bedeutung für die Schulbildung in Mecklenburg-Vorpommern fest.

Dieses ist aber aus Sicht des Instituts nur verantwortbar, wenn im Dialog mit den beteiligten Einrichtungen der Universität - Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Institut für Volkswirtschaftslehre und Juristische Fakultät - und dem Bildungsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern in kurzer Zeit eine Lösung für die zentralen Probleme des Studienganges gefunden wird.

Das gilt insbesondere für die personelle Abdeckung der fachdidaktischen Lehre und in der Studienorganisation. Über die Zusage der Übernahme von 4 SWS Lehre in der Fachdidaktik hinaus sind dazu seitens des Instituts für Soziologie und Demographie keine weiteren Zugeständnisse möglich.

Die Universitätsleitung wird – in Absprache mit allen beteiligten Einrichtungen – eine Lösung zur personellen Abdeckung der Fachdidaktik entwickeln und umsetzen.

*Verantwortlich: Rektor, Institutsleitung*

*Termin: Juli 2002*

### Schlussbemerkung

Die Vereinbarung umfasst zunächst einen Zeitraum von zwei Jahren. Nach dem ersten Jahr erörtern das Institut, die Fakultätsleitung und die Universitätsleitung den Stand bei der Umsetzung der Maßnahmen. Nach dem zweiten Jahr legt das Institut einen knappen Bericht über die Realisierung der Zielvereinbarung vor.

Das Projekt Evaluation von Studium und Lehre begleitet die Umsetzung der Vereinbarung. Das Institut kann bei der Realisierung der einzelnen Maßnahmen auf die Unterstützung durch das Projekt zurückgreifen.

Rostock, 5. April 2002

*Prof. Dr. Peter A. Berger*

*Sprecher des Institutes für Soziologie  
und Demographie*

*Prof. Dr. Martin Heilmann*

*Dekan der Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftlichen Fakultät*

*Prof. Dr. Günther Wildenhain*

*Rektor der Universität Rostock*

## *Veröffentlichungen*

## Veröffentlichungen im Verbund Norddeutscher Universitäten

- Fischer-Bluhm, Karin** (1995): Evaluation von Studium und Lehre. In: Uni HH, 26. Jg., Nr. 3, Hamburg: 27-30
- Fischer-Bluhm, Karin** (1995): Evaluation im Verbund Norddeutscher Universitäten. In: Wissenschaftsmanagement, Heft 4/95, München: 175-179
- Fischer-Bluhm, Karin** (1995): Gemeinsam geht es besser! Evaluationsprojekte im Verbund norddeutscher Hochschulen. In: Handbuch Hochschullehre – Informationen und Handreichungen aus der Praxis für die Hochschullehre. Ständig aktualisierte Sammlung, D 3.3
- Fischer-Bluhm, Karin** (1996): Qualitätsentwicklung an Hochschulen – Anreize und Steuerung. In: Hochschulen im Umbruch – Chancen für Frauen. Dokumentation der 8. Jahrestagung der Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF), Würzburg: 70-84
- Fischer-Bluhm, Karin** (1998): Evaluation im Verbund Norddeutscher Universitäten. In: HRK (Hg.): Evaluation und Qualitätssicherung an den Hochschulen in Deutschland – Stand und Perspektiven. Nationales Expertenseminar der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn 29. Mai 1998. Beiträge zur Hochschulpolitik 6, Bonn: 25-33
- Fischer-Bluhm, Karin** (2000): Impulsreferat: Evaluieren im Verbund oder allein? In: Reform von Innen. Ein Anstoß zur Weiterentwicklung und zur Umsetzung von Evaluationskonzepten. München/Mering: 163-176
- Fischer-Bluhm, Karin** (2000): Fünf Jahre Erfahrungen im Verbund Norddeutscher Universitäten. In: HRK (Hg.): Voneinander lernen. Hochschulübergreifende Qualitätssicherung in Netzwerken und Verbänden. 2. Nationales Expertenseminar zur Qualitätssicherung, Bonn 23./24. September 1999. Beiträge zur Hochschulpolitik 7, Bonn: 21-30
- Fischer-Bluhm, Karin** (2000): Qualitätsentwicklung als Antwort auf die Individualisierung im Bildungsbereich – am Beispiel der Hochschulen. In: Forum Bildung (Hg.): Erster Kongress des Forum Bildung am 14. und 15. Juli 2000 in Berlin. Bonn: 680-693
- Fischer-Bluhm, Karin** (2001): Qualitätssicherung und internationale Positionierung der Hochschulen. In: HRK (Hg.): Internationalisierung = Evaluation + Akkreditierung?, Beiträge zur Hochschulpolitik 8, Bonn:153-164

## *Veröffentlichungen*

- Fischer-Bluhm, Karin** (2002): Neue Chefsache. Die Strategien zur Internationalisierung hat jetzt der Nordverbund evaluiert. Eine erste Bilanz. In: DUZ – Das unabhängige Hochschulmagazin, Jg. 58, Nr. 18/2002, Berlin: 24
- Fischer-Bluhm, Karin** (2002): Zur Definition und zum Stand von Evaluation und Akkreditierung in den Hochschulen. In: Gerd Köhler (Hg.): Alternativ denken – Blockaden überwinden – strategisch handeln, Frankfurt:148-156
- Fischer-Bluhm, Karin / Ruhne, Renate** (1997): Evaluation at the University of Hamburg. A Case Study in the European Comparative Research-Project „EVALUE“. Paris
- Fischer-Bluhm, Karin / Ruhne, Renate / Mittag, Sandra** (1998): Evaluation at the University of Rostock. A Case Study in the European Comparative Research-Project „EVALUE“. Paris
- Fischer-Bluhm, Karin / Wolff, Klaus Dieter** (2001): Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung im Hochschulbereich. In: Forum Bildung (Hg.): Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb – Vorläufige Empfehlungen und Expertenbericht. Materialien des Forum Bildung 8. Bonn: 91-109
- Fischer-Bluhm, Karin / Zemene, Susanne** (2003): Von Programmevaluationen zu thematischen Evaluationen – Erfahrungen des Verbunds Norddeutscher Universitäten aus der Evaluation der Internationalisierungsstrategien, EvaNet Positionen, <http://evanet.his.de/evanet/forum/positionen.html#Nordverbund>
- Hener, Yorck** (1996): Sicherung von Qualität in Lehre und Studium durch hochschulautonome Evaluationsverfahren. In: Gnahs, Dieter / Kreekl, Elisabeth M. / Wolter, Andrä (Hg.): Qualitätsmanagement im Bildungswesen. 1. Bildungspolitisches Forum St. Marienthal. Schriften des Internationalen Begegnungszentrums St. Marienthal, Bd. 2, St. Marienthal, Ostritz: 40-51
- Lüthje, Jürgen** (1994): Evaluation von Lehre und Studium im Verbund norddeutscher Hochschulen – Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. In: Evaluation der Lehre – Europäische Erfahrungen, deutsche Perspektiven. Dokumentation zur Tagung an der Universität Hannover am 22. und 23. September 1994. Schriftenreihe „Evaluation der Lehre“ 1, Hannover: 73-79
- Lüthje, Jürgen** (1997): Verfahren und Elemente Systemischer Qualitätsentwicklung – Beispiele aus der Universität Hamburg. In: Stifterverband (Hg.): Qualitätsentwicklung in einem differenzierten Hochschulsystem. Symposium am 9. Januar 1997, Bonn: 7-12

- Lüthje, Jürgen** (1997): Qualität in Lehre und Studium. Evaluation im Verbund Norddeutscher Universitäten. In: Forschung und Lehre – Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes. Heft 3, Bonn: 126-127
- Lüthje, Jürgen** (1999): Impulse und mögliche Parameter für die Forschungsevaluation. In: Röbbcke, Martina / Simon, Dagmar (Hg.): Qualitätsförderung durch Evaluation? Ziele, Aufgaben und Verfahren von Forschungsbewertungen im Wandel. WZB papers: P 99-003, Berlin: 81-86
- Ruhne, Renate** (1997): Evaluationen im Verbund Norddeutscher Universitäten. Wird der Studienabbruch thematisiert? In: Bayr. Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hg.): Beiträge zur Hochschulforschung, Heft 4, München: 427
- Teichmann, Sabine** (1998): Wirksamkeit der Evaluation von Studium und Lehre. Evaluation im Verbund Norddeutscher Universitäten – „Follow-up“-Elemente des Verfahrens. Hec. man.
- Universität Hamburg / Christian-Albrechts-Universität zu Kiel** (Hg.) (1995): Abschlussbericht zum Pilotprojekt Evaluation von Studium und Lehre in Biologie und Germanistik. Hamburg
- Universität Oldenburg** (Hg.) (1995): Evaluation von Studium und Lehre im Verbund norddeutscher Hochschulen. Reihe Hochschulentwicklungsplanung, Heft 32, Oldenburg
- Verbund norddeutscher Hochschulen** (Hg.) (1996): Evaluation von Studium und Lehre in den Fächern Informatik und Wirtschaftswissenschaften 1995/1996. Verbund-Materialien, Band 1. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (Hg.) (1998): Gestufte Studienabschlüsse. Eine Möglichkeit für Sozial- und Geisteswissenschaften? Verbund-Materialien, Band 2. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (1999): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Mathematik 1997/98. Verbund-Materialien, Band 3. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (1999): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Geowissenschaften 1997/98. Verbund-Materialien, Band 4. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (1999): Rahmenkonzept für eine Neugestaltung des Lehramtsstudiums im Fach Chemie einschließlich der Fachdidaktik. Verbund-Materialien, Band 5. Hamburg

## *Veröffentlichungen*

- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2000): Zielvereinbarungen als „Follow up“ der Evaluation von Studium und Lehre. Verbund-Materialien, Band 6. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2000): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Physik 1998/99. Verbund-Materialien, Band 7. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2000): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Erziehungswissenschaft 1998/99. Verbund-Materialien, Band 8. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2001): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Psychologie 1999/2000. Verbund-Materialien, Band 9. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2001): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Rechtswissenschaft 1999/2000. Verbund-Materialien, Band 10. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2002): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Sportwissenschaft 1999/2000. Verbund-Materialien, Band 11. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2003): Evaluation der Internationalisierungsstrategien 2001/2002. Verbund-Materialien, Band 12. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2003): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Geographie 2000/2001. Verbund-Materialien, Band 13. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2003): Evaluation von Studium und Lehre in den Fächern Politologie und Soziologie 2000/2001. Verbund-Materialien, Band 14. Hamburg
- Verbund Norddeutscher Universitäten** (2003): Evaluation von Studium und Lehre im Fach Philosophie 2000/2001. Verbund-Materialien, Band 15. Hamburg
- Voegelin, Ludwig** (1997): Evaluation im Verbund norddeutscher Hochschulen – Wirksamkeitsanalyse. In: Hochschul-Informationssystem (HIS) (Hg.): Wirksamkeit der internen und externen Evaluation von Lehre und Studium. HIS Kurzinformation A 12, Bonn: 2-8